



Katharina Kratschmann

**Österreichs Zusammenarbeit mit dem
Schwerpunktland Uganda im Bereich Wasser-
und Sanitärversorgung**

Forschungsseminar Archive des Helfens? Schwerpunktländer
und Partnerschaftsabkommen der österreichischen EZA,
Studienjahr 2017

Wien, 2018

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	3
1 Einleitung	4
2 Methoden	5
3 Uganda	6
3.1 Politik Ugandas	7
3.2 Aktuelle Lage	8
4 Der Beginn der Beziehung zwischen Österreich und Uganda	11
4.1 Die Entwicklungszusammenarbeit Österreichs in Uganda	13
4.2 Ugandas Entwicklungsbestrebungen	16
5 Ugandas Fokus auf Wasser- und Sanitärversorgung	18
6 Österreichs Bestrebungen im Wassersektor Ugandas	21
6.1 South Western Towns Water and Sanitation Project	24
7 Akteur_innen des Wassersektors und der Siedlungshygiene in Uganda	28
8 Herausforderungen im Wassersektor	31
9 Finanzierung des Wassersektors in Uganda	35
10 Einzelne Projekte der OEZA	36
11 Conclusio	37
12 Literatur- und Quellenverzeichnis	41
12.1 Online-Quellen	43

Abkürzungen

ADA	Austrian Development Agency
BMeiA, BMEIA	Bundesministerium für Europa Integration und Äußeres
DP	Democratic Party
DWD	Directorate of Water Development
JPF	Joint Partnership Fund
JWSSPS	Joint Water and Sanitation Sector Programme Support
KoBü	Koordinationsbüro
KY	Kabaka Yekka
LRA	Lord´s Resistance Army
MDGs	Millennium Development Goals
MWE	Ministry of Water and Environment
NDP	National Development Plan
NDPII	Second National Development Plan
NGO	Non-Governmental Organization
NRA	National Resistance Army
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
NRM	National Resistance Movement
ODA	Official Development Assistance
OeEB	Österreichische Entwicklungsbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
PEAP	Poverty Eradication Action Plan
PRDP	Peace, Recovery and Development Plan for Northern Uganda
SDGs	Sustainable Development Goals
SWTWS	South Western Towns Water and Sanitation Project
TSU	Technical Support Unit
UGX	Uganda Schilling
UPC	Uganda People´s Congress
UO	Umbrella Organisation
WSDF	Water and Sanitation Development Facilities

1 Einleitung

„Wasser ist Leben.“ Ein Leitspruch, den man in den Medien schon einmal gehört oder im Internet gelesen hat. Ein Satz, der für Spendenaufrufe verwendet wird, eine Redewendung, die man vielleicht selbst schon einmal benutzt hat. Nun können wir ohne Wasser tatsächlich nicht lange auf der Erde verweilen. Dies ist auch der Grund, warum viele Organisationen, die sich für das Wohlergehen der Menschen einsetzen, sich auf die Ermöglichung des Zugangs zu Wasser fokussiert haben, um die Grundbedingungen für ein Überleben zu schaffen.

Die Vereinten Nationen verabschiedeten 2010 in der Resolution 64/292 das Menschenrecht auf Wasser- und Sanitärversorgung. Darin wird erläutert, dass 884 Millionen Menschen keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser haben und in Folge dessen wasser- und sanitärbedingte Krankheiten eine besorgniserregend hohe Sterberate nach sich ziehen. Die Vereinten Nationen sehen somit das Recht auf tadelloses und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an, welches unverzichtbar für ein gesundes Leben ist. Des Weiteren fordert die UN-Generalversammlung die Staaten und internationalen Organisationen dazu auf, Finanzmittel bereitzustellen, Kapazitäten aufzubauen und Technologien weiterzugeben, um reines und erschwingliches Trinkwasser für alle zugänglich machen zu können. (vgl. UN Resolution 63/292 2010¹) Auch in den *Sustainable Development Goals* wird im Ziel 6 der Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung, ebenso wie deren nachhaltiges Management, festgeschrieben.² (vgl. URL SDG)

Weltweit müssen weiterhin über eine Milliarde Menschen ohne sicheren Zugang zu klarem Trinkwasser leben. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) definiert Wasser als ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht. Sie leistet wichtige Arbeit im inhaltlichen Schwerpunkt der Wasserversorgung und Siedlungshygiene im ländlichen Raum und zielt dabei auf den Aufbau von langfristigen Partnerschaften ab. (vgl. OEZA 2008: if) Österreich kommt also der Forderung der Vereinten Nationen, sich für den Zugang zu sauberem Wasser- und Sanitäreinrichtungen einzusetzen

¹ „By a vote of 122 in favour to none against, with 41 abstentions, the General Assembly today adopted [...] a resolution calling on States and international organizations to provide financial resources, build capacity and transfer technology, particularly to developing countries, in scaling up efforts to provide safe, clean, accessible and affordable drinking water and sanitation for all.” (<https://www.un.org/press/en/2010/ga10967.doc.htm>, 07.02.2018)

² „Access to safe water and sanitation and sound management of freshwater ecosystems are essential to human health and to environmental sustainability and economic prosperity.” (UN Economic and Social Council, E/2017/66)

nach und engagiert sich in einigen seiner Schwerpunktländer dafür. Uganda gehört hier dazu.

In meiner Seminararbeit werde ich mich deshalb mit dem Engagement Österreichs in Uganda und den Bemühungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Wasserversorgung auseinandersetzen.

Meine Forschungsfrage lautet daher: *Wie gestaltet(e) sich die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Uganda und Österreich im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene?*

Um mich der Beantwortung der Frage zu nähern, werde ich zunächst auf Uganda als Land eingehen, auf seine Geschichte und Politik, um so zum besseren Verständnis der aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen beizutragen. In weiterer Folge möchte ich die Anfänge der Beziehung zwischen Uganda und Österreich beschreiben und wie sich diese entwickelt hat. Dabei geht es um das Engagement der beiden Länder im Wassersektor und die konkrete Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in diesem Sektor.

2 Methoden

Für die Beantwortung meiner Forschungsfrage bediene ich mich der Informationen und Daten aus Experteninterviews und schriftlicher Primär- und Sekundärquellen. Primärquellen sind Dokumente der Regierung und der beteiligten Ministerien beziehungsweise Organisationen aus den beiden Ländern. Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik bildet das EZA-Gesetz, welches im Jahr 2002 vom Nationalrat verabschiedet wurde. Dieses formuliert den Grundsatz, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern und enthält dafür einen konkreten Zielkatalog, (vgl. URL: BKA 2018a), der in den Dreijahresprogrammen der Österreichischen Entwicklungspolitik für die öffentlichen Akteur_innen der Entwicklungszusammenarbeit mit inhaltlichen und geografischen Schwerpunkten weiter konkretisiert wird. Uganda selbst legt seine Bemühungen um Entwicklung in Entwicklungsplänen und in den umfangreichen Programmen und Zielen z.B. des Wasserministeriums fest.

Ergänzend führte ich via Skype Experteninterviews: Expert_innen sind Personen, die in einem bestimmten Bereich über besonderes Wissen verfügen. Bei einem Experteninterview wird versucht, das Know-how der Gesprächspartner_innen zu einem bestimmten Sachverhalt zu erschließen. (vgl. Gläser/Laudel 2004: 9f) Meine Interviewpartner sind Experten in der Hydrologie und waren zum Zeitpunkt des Gespräches für Österreich in Uganda tätig, um dort beim Aufbau von Wasserversorgungsanlagen mitzuwirken. Bei den Gesprächen stützte ich mich auf einen Leitfaden, der vor allem die Zusammenarbeit, das Engagement und die Herausforderungen für Österreich und Uganda im Wasser- und Sanitärsektor in den Vordergrund stellte.

3 Uganda

Uganda, mit der Hauptstadt Kampala, ist ein Land in Ostafrika, welches der breiten Masse vor allem durch den Tourismus bekannt ist. Die zahlreichen Nationalparks, die reiche Tierwelt, allen voran die Gorillas, und der Viktoria See, sind vielen Leuten ein Begriff. Das ostafrikanische Land rückte jedoch leider nicht nur durch die vielfältigen Besichtigungsmöglichkeiten ins Interesse der westlichen Staaten. Vielmehr gelangte das Land vor allem durch die Diktatoren Idi Amin und Milton Obote ins Medieninteresse, ebenso wie durch einen langanhaltenden Bürgerkrieg und in jüngerer Zeit durch Menschenrechtsverletzungen gegen Homosexuelle.

Uganda ist ein armes Land. Bei einer Bevölkerung von 39,03 Millionen (2018) Menschen leben 19,5 Prozent davon unter der nationalen Armutsgrenze. Die Lebenserwartung der Frauen liegt bei 61 Jahren, die der Männer bei 57 Jahren. Der Human Development Index, welcher benutzt wird, um den Entwicklungsstand eines Landes zu messen, beträgt 0,493 bei einem Maximalwert von 1. Uganda liegt damit an 163. Stelle von 188 erfassten Ländern. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 25,53 Milliarden US Dollar im Jahr 2016³. Uganda ist somit ein sogenanntes „low-income-country“. (vgl. ADA 2017: 2) Landwirtschaft ist der wichtigste Produktionssektor. Die Konzentration auf den landwirtschaftlichen Sektor sinkt seit 1992, doch bietet dieser immer noch für 70 Prozent der Erwerbstätigen Arbeitsplätze. (vgl. ADA 2002: 7)

³nach Angaben der Weltbank

Die Armut in Uganda ist regional äußerst unterschiedlich verteilt: im Norden wird die höchste Quote an Armut verzeichnet, gefolgt vom Osten und Westen des Landes. Am wenigsten Armut findet man im Zentralraum, wo es die größten Erfolge in der Armutsreduzierung gibt. Des Weiteren weisen ländliche Gebiete höhere Armutsquoten auf als urbane. (vgl. ÖFSE 2002: 14) Von den 241.550 km² Landfläche werden 71.000 km² für gewerbliche Landwirtschaft, Siedlungen und, zum Schutz der Tierwelt und des Waldes, als Nationalparks genutzt. Insgesamt stehen 18,7 Prozent der Fläche Ugandas unter Naturschutz. Die stark steigende Zahl der Bevölkerung bedroht Qualität und Quantität von Wasser- und Grundwasserressourcen. Eine Bewertung der Grundwasserressourcen stellte sogar deren Rückgang fest. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen, ebenso wie auf deren Lebensgrundlage und die Wirtschaft. (vgl. African Development Bank Group 2015: 7f)

Lake Victoria, der größte tropische Binnensee, zugleich zweitgrößter Frischwassersee der Welt, ist durch Bevölkerungswachstum, expandierende Fischindustrie und Verschmutzung durch Industrieanlagen stark gefährdet. Rasches Handeln ist hier erforderlich, um die Zerstörung des lebenserhaltenden Sees aufzuhalten. Dazu müssen aber die angrenzenden Länder Tansania und Kenia gemeinsam mit Uganda an einem Strang ziehen. (vgl. ÖFSE 2002: 16)

Die vielen Seen, wie der bereits genannte Lake Victoria, der Lake Kyoga, Lake Albert, George und Edward und 149 kleinere, decken insgesamt 38.500 km² der Landfläche ab und sind wichtige Wasserressourcen. Auch Feuchtgebiete und Flüsse wie der Nil, Katonga, Semliki und Malaba versorgen das Land mit Wasser. Direkter Regenfall stellt die größte Wasserressource in Uganda dar. (vgl. Nsubuga/Namutebi/Nsubuga-Ssenfuma 2014: 1298f)

3.1 Politik Ugandas

1962 erreichte Uganda die Unabhängigkeit von Großbritannien und Bugandas ehemaliger König Kabaka Mutesa II. wurde zum ersten Präsidenten Ugandas gewählt. (vgl. Generalkonsulat 2016: 31) Milton Obote wurde der erste Ministerpräsident unter Kabaka Mutesa II. Obote wurde relativ schnell der Korruption beschuldigt, 1966 setzte er die Verfassung außer Kraft und übernahm die alleinige Exekutivgewalt. Er vertrieb den König und ernannte seinen Mitstreiter Colonel Idi Amin zum Oberbefehlshaber des Militärs. Sofort wurde eine neue

Verfassung eingeführt und damit im ganzen Land demokratische Institutionen abgebaut. 1967 wurden alle traditionellen Königreiche abgeschafft. (vgl. Generalkonsulat 2016: 32) 1971 putschte Idi Amin und trieb Obote ins Exil. Nun begann eine regelrechte Schreckensherrschaft. Der öffentliche Dienst, die Justiz und viele andere Organe der Regierung wurden dem Militär unterstellt. Amin attackierte im Jahr 1979 Tansania und entfachte damit den „Kagera Krieg“. Einer Koalition aus tansanischen Kräften und den im Exil lebenden Ugander_innen gelang es, den General 1979 abzusetzen. Nach einem Jahr politischer Wirren fanden im Mai 1980 zum ersten Mal seit 1962 Wahlen statt, die der Uganda People's Congress mit Milton Obote an der Spitze gewann. Diese Wahlen galten als umstritten und das Gerücht des Wahlbetrugs ging um. Ab diesem Zeitpunkt begann das National Resistance Movement (NRM) mit seiner National Resistance Army (NRA) unter der Führung von Yoweri Museveni gegen diese Regierung zu kämpfen. 1985 kam es nach zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen schließlich zum Ende der Obote Regierung. (vgl. The Republic of Uganda 1999: 25) Unter Führung von Yoweri Museveni übernahm das National Resistance Movement die Regierung. Das Military Council wurde aufgelöst und durch das National Resistance Council, unter anderem bestehend aus Mitgliedern der NRA und des NRM, ersetzt. Die eigentliche Macht ging jedoch weiterhin vom Militär, beziehungsweise von der NRA aus. Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung 1994 wurde für die Beibehaltung des NRM-Modells für weitere fünf Jahre entschieden. Dieses „No-Party-System“ sollte Uganda, welches von ethnischen und religiösen Konflikten geprägt war, dabei helfen, diese zu überwinden. (vgl. ÖFSE 2006: 2)

3.2 Aktuelle Lage

Seit der Machtübernahme der NRM war Uganda aus der Sicht der internationalen Akteure eine „Kein-Parteien-Demokratie“. Erst im Jahr 2006 traten mehrere Parteien zur Wahl an. Aufgrund einer Verfassungsänderung konnte Museveni erneut als Sieger aus diesen Wahlen hervorgehen, die Opposition stellt diesen Sieg jedoch in Frage. (vgl. ÖFSE 2006: 3) Zuletzt wurde Yoweri Museveni im Jahr 2016 mit 60 Prozent der Stimmen erneut zum Wahlsieger erklärt. Auch hier gab es Vorwürfe seitens der Opposition, dass die Wahl nicht ordnungsgemäß abgehalten worden sei. Sogar die Wahlbeobachtungskommissionen der EU und des Commonwealth wiesen

darauf hin, dass es Stimmenkauf, Einschüchterungen, Einschränkung der Medienfreiheit und eine nicht unabhängige Wahlkommission gegeben hätte. Sie kritisieren darüber hinaus die Präsidentschaft Museveni wegen ihrer autokratischen Züge. (vgl. ADA 2017: 3)

Durch das starke Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent im Jahr, also einem Anstieg von ungefähr 1,3 Millionen Menschen jährlich, nimmt die Gefahr zu, dass es durch die vielen arbeitslosen Jugendlichen und Familien ohne Perspektive zu sozialen und politischen Unruhen kommen könnte. Darüber hinaus ist die Gesellschaft als Folge des langen Bürgerkriegs in Norduganda, wo die *Lord's Resistance Army* (LRA) die Bevölkerung in den Jahren 1987 bis 2006 brutal terrorisierte, stark militarisiert. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, wie die Rekrutierung von Kindersoldat_innen, prägten diese Zeit. Es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, bis Verhandlungen mit der LRA abgeschlossen werden konnten. 2017 wurde schließlich verkündet, dass diese Armee keine Gefahr mehr für die nationale Sicherheit sei. (vgl. ADA 2017: 3f)

Durch drei große Themen ist Uganda in den internationalen Medien in den letzten Jahren immer wieder aufgeschieden. Zum einen wegen der Gesetzgebung hinsichtlich LGTBI-Personen, die im Jahr 2014 in Kraft getreten ist. Dadurch werden sexuelle Handlungen von Menschen, die als lesbisch, schwul, transgender, bi- oder intersexuell (LGTBI) wahrgenommen werden, strafbar gemacht und mit einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe bedroht. Als Begründung für die Notwendigkeit dieses Gesetz führt Präsident Museveni die Abscheulichkeit von homosexuellen Beziehungen an. Er ist der Ansicht, man könne sich frei dazu entscheiden heterosexuell zu sein. Alles andere sei unnatürlich und anwidern. (vgl. URL: CNN 2014) Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes kam es durch die Polizei zu zahlreichen Verhaftungen und im Zuge dessen vermehrt zu Gewalttaten seitens der Justiz. Vertreibungen von LGTBI-Personen aus ihren Wohnungen finden statt. Problematisch ist dieses Gesetz nicht nur wegen der Verletzung von Menschenrechten, sondern auch aufgrund seiner ungenauen Formulierung, welche es der Öffentlichkeit erlaubt, das Gesetz frei zu interpretieren (vgl. URL: Amnesty International 2014). Nicht nur die Festschreibung einer solch schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung rückte in die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit, sondern auch der Veranlasser selbst. Präsident Yoweri Museveni und seine über einen langen Zeitraum erworbene Macht gelangten mit den Wahlen 2016

ins Blickfeld der Medien, als er zum fünften Mal im Amt bestätigt wurde. Um dies zu ermöglichen, änderte er immer wieder die Verfassung. Seine Opponenten bei der Wahl 2016, Kizza Besigye und Amama Mbabazi, sprachen von Wahlmanipulation. Museveni hatte im Wahlkampf Unsummen in seine Werbung und angeblich auch in Sach- und Geldgeschenke für seine Wähler_innen gepumpt. Durch seine einstigen Verdienste als Befreier vom Regime Obotes und seine frühen Erfolge, die Wirtschaft anzukurbeln, zeigte sich das Volk ihm gegenüber für die erbrachte Stabilität stets dankbar. Doch sehen ihn zahlreiche BürgerInnen zunehmend auch als Diktator, der mit allen Mitteln an der Macht bleiben will. Unterstützt wird er dabei durch das Militär, welches er großzügig finanziert. (vgl. URL: Welt 2016) Proteste der Bevölkerung werden von der Polizei mit Gewalt unterdrückt. Die von ihm veranlassten Verfassungsänderungen sind alles andere als demokratisch und auch die Wirtschaft Ugandas ist längst nicht mehr so stabil wie einst. Ende 2017 erfolgte ein weiterer Schritt zur Stärkung der Macht des Präsidenten: die Altersbegrenzung von 75 Jahren wurde aufgehoben. Damit wurden die letzten Hindernisse für die erneute Wiederwahl des mittlerweile 73 jährigen Staatschefs im Jahr 2021 beseitigt. Die Opposition wehrte sich heftig gegen diesen Beschluss und selten sah man derart wüste Szenen in einem Parlament: Wütende Abgeordnete schlugen aufeinander ein und bewarfen sich mit Stühlen. (vgl. URL: Standard 2017b)

Doch nicht alles an der aktuellen Lage in Uganda ist bedenklich oder zu kritisieren. Vor allem in einem Punkt können die EU und ihre Mitgliedsstaaten etwas von dem ostafrikanischen Staat lernen. Uganda verfolgt eine der progressivsten Flüchtlingspolitiken der Welt. Zentrales Element dabei sind offene Grenzen für alle, die Schutz suchen. Aufgrund des Bürgerkriegs im Südsudan, (auf den ich in dieser Arbeit nicht näher eingehen möchte), fliehen abertausende Menschen, vor allem Frauen und Kinder, in das benachbarte Land. Dort werden sie nicht nur mit offenen Armen empfangen, ihnen wird auch die Möglichkeit geboten, in ihrer neuen (vorübergehend oder nicht) Heimat Fuß zu fassen. Dazu zählen der freie Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen und die Bereitstellung eines Stückes Land und von Baumaterial für die Errichtung einer eigenen Unterkunft. Durch die hohe Zahl an Neuankömmlingen wird auch zunehmend Infrastruktur an Orten geschaffen, wo es vor dem Bürgerkrieg kaum etwas gegeben hat. Straßen, Supermärkte und Krankenhäuser werden errichtet, die Flüchtlinge dürfen in den Dörfern und Städten einer Arbeit nachgehen und Unternehmen gründen. Sie tragen damit einen

erheblichen Teil zur ugandischen Wirtschaftsleistung bei. Während in Europa mit Schutzwällen Grenzen geschlossen werden und Flüchtlinge als Belastung für Wirtschaft und Sozialsystem gesehen werden, sind sie in Uganda willkommen und werden als Stütze des Staates betrachtet. Lange hat dieses System gut funktioniert, doch durch den aktuellen enormen Flüchtlingsstrom aus dem Südsudan ist nun auch die ugandische Regierung an Grenzen gelangt. Es fehlt zunehmend an Nahrung, Wasser und finanziellen Mitteln für den weiteren Ausbau der Infrastruktur, weshalb die internationale Gemeinschaft um Unterstützung dieser Politik ersucht wurde. Österreich hat dafür zwei Millionen Euro zugesagt. (vgl. Standard 2017a)

4 Der Beginn der Beziehung zwischen Österreich und Uganda

Die Beziehungen zwischen Österreich und Uganda entstanden im Rahmen des politischen Umbruchs von der Schreckensherrschaft Milton Obotes hin zur Übernahme der Präsidentschaft durch Yoweri Museveni. Das *National Resistance Movement* musste sich zu Zeiten Obotes organisieren und einen Plan entwickeln, wie gegen diese Regierung vorzugehen sei. Museveni organisierte Mitstreiter_innen in einem sogenannten „Resistance Council“, das sich geheim in den Wäldern traf. Die NRA fand immer mehr Anhänger, um gegen die Schreckensherrschaft Obotes vorgehen zu können. (vgl. Carbone 2008: 20) Das NRM war 1985 international noch isoliert und konnte sich nur in einem neutralen Staat treffen, um weitere Schritte zu besprechen. Durch die Vorarbeit der österreichischen ORF-Journalistin Dolores Bauer, die nach Uganda eingeladen worden war um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen, wurde ein geheimes Treffen in Niederösterreich ermöglicht. In Unterolberndorf, im Gasthaus zum grünen Jäger, traf Museveni im Herbst 1985 mit dem NRM zusammen. Dabei wurde als Richtlinie für die Bewegung ein 10-Punkte-Programm entwickelt (vgl. Generalkonsulat 2016: 43), dessen Ziel die Wiederherstellung von Demokratie und Sicherheit in Uganda war. Soziale Dienste sollten verbessert werden, kriegsbeschädigte Gebiete aufgebaut und mit anderen afrikanischen Ländern zusammengearbeitet werden. Diese Punkte waren auch Grundlage für die spätere neue Verfassung. (vgl. Generalkonsulat 2016: 49)Eingeführt wurde auch eine „no-party democracy“, die besagt, dass Wahlen nur zwischen individuellen Kandidaten abgehalten werden können. Der politische Wettbewerb zwischen Einzelpersonen ist dabei der markante Eckpfeiler dieser neuen Demokratie, die Inklusion, Teilhabe, Transparenz und Zugang für alle verspricht. Das

NRM verbannte alle politischen Organisationen, aufgrund ihres selbst gestellten Anspruches die gesamte Bevölkerung Ugandas zu vertreten. (vgl. Carbone 2008: 22f) Im Jänner 1986 gelang schließlich die Einnahme Kampalas und Yoweri Museveni wurde zum Präsidenten Ugandas.

Die Familie des Gastwirtes in Unterolberndorf und der neue Präsident blieben weiterhin in Kontakt, was auch von den Medien immer wieder aufgegriffen wurde. In Unterolberndorf finden weiterhin Lesungen, Vorträge und Tanzabende zugunsten von Projekten in Uganda statt und im Jahr 2010 wurde sogar ein Denkmal vor dem Gasthaus zum grünen Jäger errichtet. (vgl. Generalkonsulat 2016: 43f)

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Uganda wurden in den darauffolgenden Jahren weiter intensiviert. 1987 entstand die Plattform Uganda-Österreich, welche sich darum bemühte, die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und staatliches Engagement zu bündeln. Ihr Ziel war es außerdem, Österreicher_innen für Uganda zu interessieren. Später entwickelte sich aus dieser Plattform die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft, die sich bis heute für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern engagiert.

Österreichische kirchliche Organisationen waren unter den ersten, die Entwicklungshilfe bereitstellten und erhöhten diese vor allem gegen Ende der achtziger Jahre stark. Durch die Errichtung des Honorarkonsulats in Kampala im Jahr 1989 wurden die Kontakte zusätzlich intensiviert. Ein Jahr später wurde unter dem Namen „Regionalbüro für Entwicklungszusammenarbeit“ das Koordinationsbüro (KoBü) der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Kampala eröffnet, das neben Uganda auch für die österreichischen EZA-Aktivitäten in Kenia, Tansania, Ruanda und Burundi zuständig war. (vgl. ÖFSE 2006: 12) Durch die Eröffnung des KoBü wurden weitergehende Arbeitsbeziehungen mit der ugandischen Regierung und der Zivilgesellschaft, wie auch mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern ermöglicht. Das Büro koordiniert bis heute österreichische Projekte und stimmt diese mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern ab. 1993 wurde Uganda zum Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. (vgl. ADA 2017: 7)

Eine ganz besondere Rolle im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird der Ndere Troupe zugewiesen. Dies ist eine Theatergruppe mit ugandischen Mitgliedern, die mit ihrer Kunst pädagogische Inhalte vermittelt. In die Produktionen integrieren sie eigene Erfahrungen und die Kultur ihrer Region. Mit Hilfe

traditioneller Ausdrucksmittel wie Liedern und Tanz dramatisiert die Ndere Troupe aktuelle Themen wie HIV/AIDS, Korruption, ökologischen Landbau auch in Slums, Dörfern und entlegenen Gebieten. Auch das Thema „sauberes Wasser“ sprechen sie in ihren Darbietungen an, um Bewusstsein zu schaffen und die Menschen zu motivieren, sich auch selbst um sicheres Trinkwasser zu bemühen und an nachhaltigen Lösungen mitzuwirken. Die OEZA unterstützte dieses Projekt durch die Förderung von talentierten, unterprivilegierten Jugendlichen bei der Aufnahme in die Gruppe, durch die Erarbeitung von Stücken, die Sensibilisierung und Motivierung in der ländlichen Bevölkerung schaffen sollen, sowie durch die Bereitstellung einer Heim- und Spielstätte für Ndere in Kampala. (vgl. ÖFSE 2002: 26)

Während sich in den achtziger Jahren die Entwicklungszusammenarbeit Österreichs für Uganda vor allem auf Unterstützung durch kirchliche Organisationen beschränkte, wurde sie nach der Machtübernahme Musevenis von einer wachsenden Zahl nichtstaatlicher Organisationen (z.B.: Plattform Österreich-Uganda, Österreichischer Entwicklungsdienst) betrieben und auch von staatlicher Seite ausgebaut. Bereits 1990 wurde Uganda zum Hauptempfängerland österreichischer öffentlicher Entwicklungshilfeleistungen. (vgl. ÖFSE 2006: 13) Die formalen Rahmenbedingungen für die Wahl Ugandas zum Schwerpunktland wurden im bilateralen Abkommen zwischen Österreich und Uganda über finanzielle und technische Zusammenarbeit festgelegt. Darin wird geregelt, dass die Regierung Österreichs der Republik Uganda technische Hilfe, Fachkräfte für die Umsetzung vereinbarter Projekte, Stipendien oder auch Geldmittel für Forschungszwecke zur Verfügung stellt. (vgl. URL: BKA 2018b) Österreich engagiert sich seitdem in der nationalen Entwicklung Ugandas. Schwerpunkte waren zunächst Bildung, Gesundheit, Siedlungswasserbau, Wasserversorgung etc., später dann auch die Förderung von Kleinstunternehmen, Demokratisierung und dezentrale Distriktentwicklungsprogramme. Regional konzentrierte sich das österreichische Engagement zunächst auf den Südwesten des Landes. (vgl. ÖFSE 2006: 13)

4.1 Die Entwicklungszusammenarbeit Österreichs in Uganda

Österreich arbeitet in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit einer limitierten Zahl von Schwerpunktländern eng zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden den Partnerländern Wissen und Expertise sowie

Unterstützung für Programme und Projekte, die auf den Aufbau von institutionellen Kompetenzen und Kapazitäten fokussieren, zur Verfügung gestellt. Die Partnerländer werden außerdem bei der Erarbeitung und der Umsetzung von angepassten Politiken und Strategien unterstützt. Nachhaltigkeit steht dabei immer im Fokus und das Ziel, dass die Partner einmal ihre Zukunft selbst bestimmen und gestalten können, soll dabei nicht aus den Augen verloren werden. Es wird daher besonders darauf geachtet, die kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in den Schwerpunktländern zu respektieren und mit einzubeziehen. (vgl. ADA 2005: 15)

Partnerschaft wird im Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2005-2007 folgendermaßen definiert:

„Partnerschaft bedeutet daher zunehmend eine höhere Akzeptanz und besseres Verständnis von Eigenverantwortlichkeit. Sie bedingt Arbeitsbeziehungen, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhen und sie umfasst die Anerkennung der Erfordernisse der Partner ebenso wie den Abbau von Parallelstrukturen, die Erarbeitung gemeinsamer Ziele und die Berücksichtigung der vorhandenen Durchführungskapazitäten.“ (BMEIA 2005: 15)

Die Entwicklungspolitik der Regierung Österreichs soll Freiheit fördern und Chancen für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die Prioritäten der OEZA liegen dabei auf der Beseitigung extremer Armut, auf der Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, Stärkung der Frauenrechte sowie der Geschlechtergleichstellung, Stärkung der Kinderrechte, Umwelt- und Klimaschutz, Wasser- und Sanitärversorgung, auf einer nachhaltigen Nutzung der globalen Ressourcen, auf nachhaltiger Wirtschaft und auf Bildung und beruflicher Ausbildung. (vgl. ADA 2016: 10ff) Alle Projekte und Maßnahmen werden von klaren Prinzipien bei der Umsetzung begleitet: die Entwicklungszusammenarbeit soll Hilfe zur Selbsthilfe sein und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Gute Partnerschaft bedingt einerseits Zusammenarbeit auf Augenhöhe, während andererseits die Wirkungen von Entwicklungszusammenarbeit messbar gemacht werden müssen. (vgl. ADA 2016: 14)

Der Fokus der Zusammenarbeit mit Uganda lag 2005 noch auf mehreren Sektoren wie der Wasser- und Siedlungshygiene, dem privaten Sektor, auf guter Regierungsführung und Rechtsentwicklung, Dezentralisierung, Bildung und

Ausbildung, sowie auf dem Hilfsprogramm für das kriegsgezeichnete Norduganda. (vgl. ADA 2005: 68) Heute konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit Österreichs mit Uganda auf Wasser und Abwasser, sowie auf die Verbesserung des Justizwesens. Ziel im Wasserbereich ist es, mehr Menschen einen verbesserten Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung zu ermöglichen, dabei aber die Wasserressourcen durch nachhaltige Bewirtschaftung zu schützen. Im Bereich des Justizwesens soll die Rechtsstaatlichkeit gefördert und der Zugang zu Dienstleistungen des Justiz- und Rechtssektors verbessert werden. (vgl. ADA 2016: 71) Österreich hat seine Unterstützung auf diese zwei Bereiche beschränkt, um als kleines Geberland besser und intensiver agieren zu können. Geografisch hat sich die Konzentration mittlerweile ein wenig verlagert. War man in den Anfängen der Zusammenarbeit um 1990 vor allem im Südwesten Ugandas tätig, richtet sich die Aufmerksamkeit nunmehr zunehmend auf den Norden des Landes und die Herausforderungen, die der Konflikt in dieser Region hinterlassen hat. (vgl. ADA 2010: 7)

Nicht nur Österreich hat seine Ziele und die Fokussierung auf bestimmte Sektoren seiner Entwicklungszusammenarbeit formuliert. Auch Uganda hält in seinem nationalen Entwicklungsplan eigene Bereiche fest, auf es sich konzentrieren möchte, um eine möglichst rasche und dauerhafte Entwicklung hin zu einem „middle-income-country“ voranzutreiben. Um einen nachhaltigen Wohlstand, Beschäftigung und inklusives Wachstum zu erreichen, wird auf viele verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft besonderes Augenmerk gelegt: der Zugang zu Bildung und Arbeit und damit verbunden die Erhöhung des Haushaltseinkommens soll gewährleistet werden; Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen wird angestrebt; Informations- und Kommunikationstechnologien werden ausgebaut; die Gesundheit soll unter anderem durch die Sicherstellung des Zugangs zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen verbessert werden; der Tourismus als wichtige Einnahmequelle und Devisenbringer wird gefördert; an der Senkung der Energiekosten und der Erweiterung von Energiequellen wird gearbeitet; und schließlich wird auf die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit großer Wert gelegt. Weitere Sektoren, denen man sich für eine nachhaltige Entwicklung widmen will, werden im National Development Plan (NDP) detailliert erörtert. Auch die bisherigen Erfolge in einzelnen Bereichen werden in diesem Dokument nicht unerwähnt gelassen. (vgl. The Republic of Uganda 2015) Insbesondere die Bestrebungen in Hinblick auf erneuerbare

Energien und Energieeffizienz in Verbindung mit dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung stimmen mit den Prioritäten Österreichs überein. Auch das Interesse an der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen des Justiz- und Rechtssektors in Uganda überschneidet sich in den Entwicklungsplänen der österreichischen und ugandischen Regierung. Vor allem der Zugang zu Recht für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, und hier insbesondere für Frauen, soll verbessert werden und Gerichtsfälle, die von Frauen an die Institutionen herangetragen wurden, mehr Beachtung finden. (vgl. ADA 2016: 71)

4.2 Ugandas Entwicklungsbestrebungen

Aus den verschiedenen Entwicklungsplänen der Regierung für eine nachhaltige Entwicklung Ugandas lässt sich der klare Wunsch nach Reduzierung der Armut ableiten. Um dies zu ermöglichen, hält man am *Poverty Eradication Action Plan* (PEAP) fest, gemäß dem die Armut um 10% bis 2017 gesenkt werden soll. Vier Säulen sind maßgeblich, um dieses Ziel zu erreichen: makroökonomisches Wachstum, Einkommenserhöhung der armen Bevölkerungsschicht, Abgabe von Sozialleistungen und eine verantwortungsbewusste Regierungsführung inklusive Sicherheit. PEAP ist ein strategisches Instrument, mit dem eine Politik sichergestellt werden soll, die jene öffentlichen Programme priorisiert, die sich vor allem an die Armen als Zielgruppe richten. (vgl. ADA 2002: 13) Zusätzlich zu dieser Armutsreduzierungsstrategie hat die ugandische Regierung einen weiteren Plan speziell für Norduganda ausgearbeitet: dort bedarf es extremer Maßnahmen zur Senkung der Armut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, die unter den früheren Konflikten in der Region massiv gelitten hat. Mit dem „*Peace, Recovery and Development Plan for Northern Uganda*“ (PRDP) sollen die staatliche Autorität konsolidiert, Gemeinden aufgebaut und ermächtigt, die Ökonomie revitalisiert und Friedensförderungsmaßnahmen erweitert werden. (vgl. ADA 2010: 4)

Zusätzlich zum Entwicklungsplan hat Uganda bereits 1997 die „*Vision 2025*“ ausgearbeitet. (vgl. The Republic of Uganda 1999: 5) Diese Strategie beinhaltet die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts, um ein „middle-income-country“ zu werden. Damit einher gehen die Modernisierung und Industrialisierung der Wirtschaft, ein Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozess und die drastische Verbesserung

der Gesundheit der Menschen. Die genannten Ziele sollen, wie im Titel enthalten, bis zum Jahr 2025 erreicht werden. Die „Vision 2025“ geht Hand in Hand mit den Entwicklungsstrategien Österreichs für Uganda und mit den *Millennium Development Goals* (MDGs). (vgl. ADA 2002: 13) Seit dem Jahr 2007 liegt ein weiteres Entwicklungsprogramm vor, die „Vision 2040“. Auch diese Vision hat zum Inhalt, Uganda von einem überwiegend von Landwirtschaft geprägtem Land hin zu einem konkurrenzfähigen „middle-income-country“ zu entwickeln. Der Leitspruch dieses Plans lautet: „A Transformed Ugandan Society from a Peasant to a Modern and Prosperous Country within 30 years“. Auch hier steht größtenteils die Expansion der Wirtschaft im Fokus, wofür die Möglichkeiten der Öl- und Gasförderung, des Tourismus, des Handels, der Wasserressourcen und der Industrialisierung erkannt und genutzt werden sollen. Bis 2040 soll das Bruttoinlandsprodukt bei etwa 61 Milliarden US Dollar liegen, also im Vergleich zum Stand von heute verdoppelt werden. (vgl. Uganda Vision 2040: XIIIff)

Österreich als Partnerland ist verpflichtet, sich an die Zielvorstellungen des National Development Plan zu halten und anerkennt die Relevanz von ökonomischem Wachstum und Transformation. Auch die ADA fokussiert auf Armutsreduzierung in Verbindung mit Wohlstandsentwicklung, was ebenfalls im NDP formuliert ist. Priorität setzt Österreich weiterhin auf die zwei Bereiche Wasser- und Sanitärversorgung und Recht, Justiz und Friede und richtet sich dabei nach den relevanten Sektorstrategien der Regierung Ugandas. Da zurzeit vor allem auch Norduganda im Fokus der Entwicklungszusammenarbeit liegt, benutzt Österreich den PRDP als leitenden Rahmen. (vgl. ADA 2010: 4f) All dies stimmt mit der Leitlinie der OEZA und der Paris Deklaration (2005), die Österreich unterzeichnet hat, überein. Diese besagen, dass Österreich als Geberland Ziele und Programme in enger Zusammenarbeit mit seinen Partnerländern ausarbeitet und seine Programme an die nationalen Entwicklungsstrategien und Strukturen anpasst. Dazu zählen im Besonderen nationale Armutsminderungsstrategien und die relevanten Sektorstrategien. Um eine vertrauensvolle Partnerschaft zu etablieren und aufrecht zu erhalten, muss sich die OEZA an den nationalen Zielvorstellungen orientieren.

Eine unklare Formulierung taucht jedoch in der OEZA Leitlinie für Wasserversorgung, Siedlungshygiene und Wasserressourcen auf: es wird festgehalten, dass bei der Zusammenarbeit mit den Entwicklungspartnern nicht auf

in Europa bewährte Konzepte und Problemlösungsstrategien zurückgegriffen wird, sondern dass man sich an nationalen Prioritäten orientiert. Wie diese Zusammenarbeit und die angewandten Strategien nun konkret aussehen wird nicht erläutert. Die Absicht der österreichischen Entwicklungspolitik, mit seinen Partnerländern eine funktionierende Partnerschaft zu etablieren wird deutlich gemacht, doch auf eine konkrete Formulierung, wie diese im Allgemeinen auszusehen hat, wird verzichtet. Erst in einzelnen Zielvorgaben, wie jenen im Wassersektor-Programm der OEZA, lassen sich Gemeinsamkeiten in den Visionen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungsstrategie der ugandischen Regierung erkennen. Dabei ist die eigenständige und nachhaltige Entwicklung des Wassersektors im Partnerland das Ziel, an dem gemeinsam gearbeitet wird. Es soll durch einen leistbaren Zugang zur Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene, insbesondere für ökonomisch und sozial benachteiligte Gruppen, erreicht werden. (vgl. OEZA 2008: 8)

5 Ugandas Fokus auf Wasser- und Sanitärversorgung

Ugandas Entwicklungsambitionen widmen sich nicht nur der Reduzierung von Armut und einer wachsenden Wirtschaft, auch die Wasser- und Sanitärversorgung nimmt viel Platz im *National Development Plan* ein. Der Zugang zu sicherem Wasser und geeigneten Hygieneeinrichtungen ist von höchster Wichtigkeit für die menschliche Entwicklung. Die nachhaltige Benützung von Wasserressourcen und dessen Management beschleunigt die Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in der Servicebereitstellung. (vgl. MWE 2015: ix) Dass die Versorgung und der Zugang zu sauberem Wasser eine unverzichtbare Rolle für die Menschen eines Landes und dessen Entwicklung spielt, wurde in Uganda bereits vor über 20 Jahren erkannt und in nationalen Dokumenten und Grundsätzen festgeschrieben. Obwohl beinahe drei Viertel der Erdoberfläche mit Wasser bedeckt sind, sind doch weniger als ein Prozent davon Trinkwasserressourcen. In den ärmeren Ländern stellt dies eine große Herausforderung dar. Dort sterben jedes Jahr circa 7 Millionen Menschen, weil ihnen entweder kein oder nur verschmutztes Wasser zur Verfügung steht. (vgl. Zurek 2001: Min. 0.55-1.20)

Wasser und Umwelt sind zentral in der Erfüllung der Ziele des *Second National Development Plan* (NDPII). All seine Subsektoren wie die Wasserversorgung und sanitäre Infrastruktur, Wasserressourcenmanagement, Wasser für die Produktion, Umweltmanagement und Klimawandel sind fundamental, um die Produktion und Produktivität zu beschleunigen und eine soziale Transformation und nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Wasserressourcen sind darüber hinaus unerlässlich für die Nutzung von Wasserkraft, landwirtschaftliche Produktion, industrielle Entwicklung, Erweiterung des Tourismussektors und für die Anpassung an den Klimawandel. Die Konzentration auf den Wassersektor ist also für den sozioökonomischen Wandel von Uganda entscheidend und für die Erreichung der Ziele der nationalen „Vision 2040“ ein wesentlicher Faktor. (vgl. MWE 2015: 20) Der NDPII, der für den Zeitraum 2015/16 bis 2019/20 formuliert wurde, schreibt fest, dass das Augenmerk auf die Verbesserung des Zugangs zu sicherem Wasser in ländlichen und städtischen Gegenden zu richten ist. Dazu soll die Funktionalität der Wasserversorgungssysteme erhöht werden, ohne Sanitäreinrichtungen und Hygienestandards außer Acht zu lassen.

Der NDPII strebt bereits eine deutlich intensivere Auseinandersetzung mit den formulierten Zielen an. In ländlichen Gebieten soll die Abdeckung der Wasserversorgung von 65 Prozent auf 79 Prozent ansteigen, in den urbanen Räumen von 77 auf 95-100 Prozent. Gegenden, die bisher nicht von den Bestrebungen profitierten, werden nun in den Fokus gerückt und in den Gemeinden sollen geeignete Wasserversorgungssysteme aufgebaut, bedient und erhalten werden. Um den Prozentsatz der mit Trinkwasser versorgten Haushalte zu erhöhen, wird das Sammeln von Regenwasser beworben, vor allem auch in Hinblick auf den Klimawandel. Die Gemeinden werden in die Verbesserung der Funktionalität, Nachhaltigkeit und den Schutz von Quellen in ländlichen Räumen miteinbezogen. Um die Hygiene der Menschen zu verbessern, wird auf die Wichtigkeit des Händewaschens hingewiesen, ebenso wie auf die Notwendigkeit von geeigneten Sanitäreinrichtungen. Zusätzlich sollen durch die Vollzugsbehörden im Bereich der sanitären Einrichtungen und Hygiene klarere Richtlinien vorgegeben werden. (vgl. The Republic of Uganda 2015: 191f)

In den Megastädten des globalen Südens leidet jede zweite Person an einer Krankheit, die durch verschmutztes Wasser hervorgerufen wurde. Arme Bevölkerungsschichten haben oft keinen Zugang zu Wasser und bezahlen horrend

Summen, um es nutzen zu können. Zusätzlich dringen Abwässer unkontrolliert in den Boden und verseuchen das Grundwasser, weshalb sich Krankheiten wie Cholera und Typhus leicht verbreiten können. Nach wie vor muss ein Viertel der Weltbevölkerung ohne Wasser und ohne angemessenen Zugang zu sauberem Trinkwasser überleben. (vgl. Zurek 2001: Min. 3.15-4.09)

In Uganda ist das *Ministry of Water and Environment* (MWE) die wichtigste Institution im Wasser- und Umweltsektor. Es ist verantwortlich für die Koordinierung, Strategieformulierung, das Setzen von Standards, Inspektionen, Kontrollen, technische Unterstützung und die Initiierung von Gesetzgebungen. Das MWE überwacht und evaluiert auch Sektor-Entwicklungsprogramme, um deren Leistung, Effizienz und Effektivität in der Servicebereitstellung zu überprüfen. Um nachhaltige Arbeit zu leisten und der Bevölkerung eine verbesserte Wasser- und Sanitätsversorgung bieten zu können, soll bis 2020 der Prozentsatz der Menschen mit Zugang zu sauberem Wasser erhöht werden. Hinzu kommt, dass auch in den Städten eine brauchbare Wasserversorgung und Kanalisationssysteme für industrielle, gewerbliche und häusliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollen. Zusätzlich soll für die Produktion und die Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors eine geeignete Wasserversorgung entwickelt werden. Um diese Ziele zu erreichen und eine sichere Qualität und Quantität von Wasser gewährleisten zu können, ist ein nachhaltiges und koordiniertes Management von entscheidender Bedeutung. (vgl. MWE 2015: xi - 1) Die Vision des MWE lautet daher: "Sound management and sustainable utilisation of water and environment resources for the present and future generation." (MWE 2015: 1)

Bereits Mitte der 90er Jahre hat die Reformierung des Wassersektors begonnen. Der Wassersektor wurde von der Regierung priorisiert und der institutionelle Rahmen überarbeitet. Die Finanzierung lief über internationale Geber und die ugandische Regierung, doch entschied man sich schließlich für die Dezentralisierung des Sektors und für ein Managementmodell, das die Zivilgesellschaft, die Gemeinden und den privaten Sektor einbezieht. Seit 1990 konnte Uganda den Zugang zur Wasserversorgung für die ländliche Bevölkerung effizient erhöhen. Uganda wurde sogar als eines der 10 besten Länder in Bezug auf seinen Fortschritt zwischen den Jahren 1990 und 2006 gewählt. Bei einer Untersuchung von 17 afrikanischen Staaten, die alle Armutsreduktionsstrategien für ihr Land verfolgen, kam heraus, dass nur Uganda dem Wasser- und Sanitärversorgungssektor höchste Priorität zumisst.

Das Land fand sogar international Beachtung in Hinblick auf seine Erfolge und Ziele in diesem Bereich, da es als Vorbild für andere „low-income-countries“ gelten kann. (vgl. Quin/Balfors/Kjellén 2011: 271f)

Bereits 1999 wurde in der *National Water Policy* festgeschrieben, dass Wasserressourcen nachhaltig und möglichst nutzbringend für die Bevölkerung Ugandas zu regeln sind. Auch hier wird bereits auf den ökonomischen Wert von Wasser hingewiesen. Die Basis für die *National Water Policy* bildet der 1995 ausgearbeitete „*Water Action Plan*“, ebenso wie das „*Water Statute*“. Ziel dieser Strategien ist ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement, welches die Ressourcen schützt und entwickelt. Das gesamte Wasser, ob privat, öffentlich oder Grundwasser, muss reguliert und sicheres Wasser und hygienische Sanitäreinrichtungen in einer akzeptablen Reichweite zur Verfügung gestellt werden. Festgehalten wird in dieser Strategie auch, dass Wasser als lebenserhaltend, entwicklungsfördernd und umweltsichernd unerlässlich ist. Durch das rapide Bevölkerungswachstum, das Wachsen des Landwirtschaftssektors, durch Urbanisierungs- und Industrialisierungstendenzen und die zunehmende Gleichgültigkeit in Hinblick auf die Instandhaltung der Umwelt müssen Wasserressourcen aktiv geschützt werden. (vgl. Ministry of Water, Lands and Environment 1999: 1ff) Das Ziel der *National Water Policy* wird klar definiert:

“Sustainable provision of safe water within easy reach and hygienic sanitation facilities, based on management responsibility and ownership by the users, to 75% of the population in rural areas and 100% of the urban population by the year 2000 [sic] with an 80%-90% effective use and functionality of facilities.“
(Ministry of Water, Lands and Environment 1999: 15)

6 Österreichs Engagement im Wassersektor Ugandas

Wasser mit seinen vielfältigen Rollen als Lebensmittel, als Voraussetzung für Hygiene, Produktionsmittel und als Bestandteil der Ökosysteme ist ebenso wichtig für die sozioökonomische Entwicklung und für die Bewahrung der Lebensgrundlagen. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit erkennt Wasser als Menschenrecht an und widmet sich daher der Ermöglichung eines leistbaren Zugangs zu Wasser in ausreichender Menge und Qualität. (vgl. OEZA 2008: 2ff)

„Die OEZA sieht ihren Auftrag darin, in den Partnerländern eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung des Wassersektors zu fördern, die allen Nutzergruppen einen angemessenen und leistbaren Zugang zu Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene gewährleistet, für die Verfügbarkeit ausreichender Wasserressourcen für alle Nutzgruppen sorgt und durch eine geordnete und gerechte Bewirtschaftung die langfristige Erhaltung der Ressourcenbasis und der Ökosysteme sicherstellt sowie Konflikte vermeiden hilft.“ (OEZA 2008: i)

Österreich orientiert sich an den nationalen Zielvorstellungen seiner Partnerländer. Um diese Ziele zu erreichen ist es notwendig, institutionelle, organisatorische und finanzielle Voraussetzungen für einen dauerhaften Betrieb und für die Instandhaltung von Wasserversorgungssystemen zu schaffen. Österreich hält dabei an einer Reihe von generellen Prinzipien fest, darunter die Armut- und Grundbedürfnisorientierung, Nachhaltigkeit, Anpassung an den soziokulturellen und sozioökonomischen Kontext, Partizipation, Eigenverantwortlichkeit sowie die Berücksichtigung von Geschlechtergleichstellung, *Good Governance* und Konfliktprävention, die Österreich bei der Zusammenarbeit berücksichtigen soll. (vgl. OEZA 2008: if)

Sauberes Trinkwasser gilt als eine äußerst wertvolle und effektive Form der Gesundheitsförderung, das jedoch durch die steigende Bevölkerung, veränderte Konsumgewohnheiten und den Klimawandel gefährdet ist. Für die Entwicklung eines Landes spielt daher die Sicherung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen wie Wasser und deren nachhaltige Nutzung eine Schlüsselrolle. Dabei stehen vor allem der ländliche Raum und kleinere bis mittlere Städte im Fokus. Es wird versucht, den inklusiven⁴ Zugang zur Wasser- und Sanitärversorgung zu verbessern, ebenso wie ein nachhaltiges Management von Wasserressourcen zu fördern. Dafür müssen auch die Betreiberstrukturen von wasser- und energiewirtschaftlichen Infrastrukturen gestärkt werden. (vgl. ADA 2016: 30f) Im Jahr 2012 wurden zusätzlich zu den österreichischen Mitteln 30,5 Millionen Euro von Seiten der Europäischen Kommission an die *Austrian Development Agency* delegiert, um für die Projekte im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung eingesetzt zu werden. Messungen im

⁴Inklusiv bedeutet dabei, dass allen Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, Ethnizität oder sonstigen individuellen Merkmalen, eine gleichberechtigte Chance in der Gesellschaft gewährt wird. Der Normalitätsbegriff ist dem Konzept der Inklusion fremd, Unterschiede werden akzeptiert, gefördert und als Bereicherung aufgefasst.

Jahr 2016 zufolge, hatten in den Projektdistrikten bereits 67% der Land- und 71% der Stadtbevölkerung Zugang zu sauberem Wasser (vgl. ADA 2017: 8) Die OEZA fördert den Wassersektor in Uganda durch Sektorfinanzierungen und unterstützt die einschlägigen Programme gemeinsam mit internationalen und ugandischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. (vgl. ADA 2017: 7)

Österreichs Engagement im Wassersektor in Uganda begann im Jahr 1990 mit der Kofinanzierung des „*Kampala 2nd Water Project*“. 1994 war Österreich der erste bilaterale Geber, welcher Mittel für die Verbesserung von Wasserversorgung und Siedlungshygiene bereitstellte. Dies war besonders in ländlichen Wachstumszentren und kleinen Städten im Südwesten Ugandas der Fall. In enger Zusammenarbeit mit dem *Directorate of Water and Development*(DWD) in Uganda entstand somit das „*South Western Towns Water and Sanitation Project*“ (SWTWS). Dieses Projekt beinhaltete nicht nur die Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung der zahlreichen Kleinstädte, sondern, basierend auf einem intensiven Dialog mit der Regierung Ugandas, auch Strategien und Richtlinien für den ländlichen Wasserversorgungssektor. Der Aufbau von regionalen Dachorganisationen, den *Umbrella Organisations* (UO), spielte dabei eine entscheidende Rolle für den Erhalt und den Betrieb der Infrastrukturen. Diese UOs unterstützen die Gemeinden bei der Planung, Mobilisierung und der Qualitätskontrolle ihrer Wasserversorgung. (vgl. ADA 2002: 22)

Später wurde das ursprüngliche Projekt SWTWS in eine sogenannte „*Water and Sanitation Development Facility*“ (WSDF) umgewandelt. Dies ist eine regionale Förderstelle unter ugandischer Leitung. Hier können die Gemeinden und örtlichen Verwaltungen Projektanträge einreichen. Diese werden dann genau überprüft und nach bestimmten Kriterien bewertet, ob sie für eine Finanzierung durch die WSDF in Frage kommen. (vgl. ADA 2013: 1)Die WSDF, eine Einrichtung für die Umsetzung von Wasserprojekten, ist zur Gänze national verankert und Teil des institutionalisierten Sektorrahmens. Sie ist für die Finanzierung von Leitungswasserprojekten zuständig und bietet spezifische technische und sozioökonomische Planungskapazitäten, welche die lokalen Regierungen bzw. Verwaltungen meist nicht zur Verfügung stellen können. Die WSDF operiert auf regionaler Ebene, um die lokalen Behörden in Entscheidungsprozesse, Projektdurchführung und die Kontrolle miteinander zu verbinden zu können. (vgl. Seidelmann 2013: 75)

Im Strategiedialog und in der Kontrolle fokussiert Österreich auf die folgenden Outputs: Die *Water and Sanitation Development Facilities* sind operativ und arbeiten effektiv in der Verbesserung der Wasserversorgung und Sanitätsdienste in Kleinstädten und Wachstumszentren. Um eine nachhaltige und leistbare Versorgung zu ermöglichen, werden sowohl der Betrieb als auch die Instandhaltung und die rechtlichen Rahmenbedingungen durch den Aufbau von Kapazitäten in allen Bereichen gestärkt. Damit sind regionale Regierungen, *Umbrella Organisations*, Gemeinden und der private Sektor gemeint. Zudem wird versucht, Frauen vermehrt in diese Prozesse zu inkludieren. Im Bereich der sanitären Einrichtungen engagiert sich Österreich mit erhöhten Investitionen, verbesserter Koordinierung und Überwachung sowie der Bereitstellung von leistbaren nachhaltigen Technologien. (vgl. ADA 2010: 10)

6.1 South Western Towns Water and Sanitation Project

Die Planung des “*South Western Towns Water and Sanitation Projects*” wurde im Jahr 1995 abgeschlossen, ein Jahr darauf begann die Projektdurchführung. Dieses Projektstand neben dem schon erwähnten Wasserprojekt in der Hauptstadt Kampala am Anfang der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Uganda im Wassersektor. Ziel dieses Projektes war die Verbesserung der Wasserversorgung und Siedlungshygiene in Kleinstädten und ländlichen Wachstumszentren. (vgl. Schindegger 2000: 95)

Die Idee für dieses Projekt entstand, als Hydrolog_innen und Fachkräfte aus Österreich vorschlugen, einen Wasserfondseinzurichten. Gemeinden sollten Anträge stellen können, die von lokalen Teams aus Ingenieur_innen und Expert_innen geprüft und beurteilt wurden. Im Fall einer positiven Beurteilung sollten die Kommunen daraus Wasserprojekte entwickeln. Die Behörden und Ministerien in Uganda waren mit der vorgeschlagenen Vorgangsweise einverstanden und so bildete sich das nationale Modell eines „*Joint Partnership Fund*“ (JPF) heraus. Somit waren es nicht mehr die internationalen Geber, die entschieden, wo und wie eine Wasserversorgungsanlage gebaut werden sollte und sich dann aus den Projekten zurückzogen, sondern die lokalen Gemeinden konnten durch diesen regionalen Fonds bis zu einem gewissen Maß selbst bestimmen, wie das zur Verfügung gestellte Geld angelegt wurde. (vgl. B1) Die Bedeutung dieses Programmansatzes wurde

später auch von der EU erkannt und führte zur Kofinanzierung durch die „*EU Water Facility*“, was die Ausweitung des Programms ermöglichte. Mit der Inkorporierung in den „*Joint Partnership Fund*“ wurde das Programm in „*Water and Sanitation Development Facility*“ umbenannt. Diese Namensänderung zeugt auch von der Intention, weg von einer projektbasierten Ausführung hin zu einer permanenten Implementierungsstruktur zu gelangen. Dieses Modell stand später für drei weitere regionale WSDFs Pate, die nun auch den Norden, Osten und Zentraluganda abdecken. (vgl. Seidelmann 2013: 18)

Projektträger des SWTWS waren sowohl österreichische als auch ugandische Institutionen. Hier sind vor allem das staatliche *Directorate for Water Development*, das Institut für Wasserversorgung, Gewässerökologie und Abfallwirtschaft der Wiener Universität für Bodenkultur und deren Abteilung für Siedlungswasserbau, Industriebewirtschaftung und Gewässerschutz zu erwähnen. Österreich beteiligte sich vor allem an der inhaltlichen Begleitung, Betreuung und Kontrolle in Form von Kurzeinsätzen an diesem Projekt. (vgl. Schindegger 2000: 96) Um die Effektivität und Nutzbarkeit des SWTWS, auch bekannt als „*Amaizi Marungi*“ („gutes Wasser“), besser einschätzen zu können, wurde eine Wirksamkeitsstudie durchgeführt. Diese bezog 42 Städte, welche über das SWTWS Programm versorgt wurden, plus vier weitere Zentren, die nicht Teil des Projektes waren als Kontrollgruppe, mit ein. (vgl. Seidelmann 2013: 17f)

Inwieweit profitierten also die Menschen vom *South Western Towns Water and Sanitation Project*? 90 Prozent der Haushalte gaben an, Leitungswasser als ihre Hauptquelle für Trinkwasser zu benutzen. 7 Prozent verwendeten andere sichere Quellen wie Regenwasser, Bohrlöcher und Brunnen, ausgestattet mit Handpumpen. Nur 3 Prozent bedienen sich immer noch unsicherer Wasserressourcen. Diese Ergebnisse stehen in starkem Gegensatz zum Zeitraum vor der Errichtung von Wasserleitungen, als nur 55 Prozent ihr Wasser aus zuverlässigen Wasserquellen, 39 Prozent jedoch aus bedenklichen Stellen bezogen. Hinzu kam, dass die geschützten Quellen früher oft weit entfernt lagen und die Menschen ihre Kanister über lange Strecken hinweg schleppen mussten. Heute bestätigen 97 Prozent der Nutzer_innen, dass sie ihr Trinkwasser in einer Reichweite von 200 Metern vorfinden. Zugute kommt diese Verbesserung vor allem den Frauen und Kindern, die in der Regel diejenigen sind, die das Wasser besorgen und nach Hause tragen. (vgl. Seidelmann 2013: 29ff)

Statistiken zeigen, dass 771 Millionen Afrikaner_innen jährlich 40 Milliarden Stunden damit zubringen Wasser zu holen. Uganda ist ein hügeliges Land: das Dorf Riakarimira zum Beispiel liegt auf einer Höhe von 2100 Metern. Die Wasserquelle 200 Meter darunter. Wasser zu beschaffen war somit Schwerstarbeit, bevor Wasserleitungen gelegt und Wasserhähne im Dorf installiert wurden. Die Frauen mussten über eine halbe Stunde den Berg hinaufsteigen - und das mit einem vollen Kanister, der 23 Kilo wiegt. Die Quelle wurde im Rahmen des SWTWS Programms als eine der ersten mit Hilfe von österreichischen Expert_innen der Wiener Universität für Bodenkulturerforschung und wird mit Hilfe von Solarenergie betrieben. 20.000 Liter pro Tag können nun in das Dorf gepumpt werden. (vgl. Zurek 2001: Min. 7.19-9.08)

Durch die eingesparte Zeit konnte erreicht werden, dass sich die Anwesenheit der Kinder in den Schulen erhöhte. Aufgrund der verbesserten Leitungen können Schulen und Internate nun auch permanent mit sauberem Wasser versorgt werden, wodurch die Anzahl der Schüler_innen in den Internaten deutlich gestiegen ist. Auch Frauen steht nun mehr Zeit zur Verfügung. Die Möglichkeit, Wasser aus der Leitung zu beziehen, hat das Leben für sie vereinfacht. Dies wurde auch von den „*Water Boards*“, eine Verwaltungseinrichtung für lokale Wasserressourcen und -anlagen, erkannt, weshalb Frauen dort aktiv in die Entscheidungen miteinbezogen werden. 35 Prozent der Mitglieder sind Frauen, die zumindest eine Schlüsselposition innehaben, wie zum Beispiel die der Finanzleitung. (vgl. Seidelmann 2013: 62ff)

Nicht nur für Frauen und Kinder hat die bessere Versorgung mit Trinkwasser eine positive Veränderung der Lebensumstände mit sich gebracht. Allgemein wurde von den für diese Studie interviewten Personen bemerkt, dass sich die Gesundheit der Menschen verbessert habe. Auch neue Gesundheitseinrichtungen und Schulen seien durch den erleichterten Zugang zu Wasser entstanden und die sozio-ökonomische Entwicklung insgesamt vorangetrieben worden. Die kontinuierliche Wasserversorgung ist darüber hinaus auch für die Existenz vieler Unternehmen von entscheidender Bedeutung, wie z.B. für Lodges und Restaurants. (vgl. Seidelmann 2013: 12)

Wichtig zu erwähnen ist, dass Leitungswasser in den davon profitierenden Städten und Dörfern etwas kostet, womit die Nutzer_innen einen Beitrag zu den laufenden Betriebskosten leisten. Die Kosten für neue Anlagen und Reparaturen können die

Wasserkäufer_innen nicht zur Gänze tragen, da dies aufgrund der niedrigen Einkommen der betroffenen Bevölkerungsgruppe nicht möglich ist. Ziel ist es jedoch, 10 Prozent der aus dem Wasserverkauf eingenommenen Mittel zurückzulegen, um für kleinere Investitionen wie zum Beispiel kleine Pumpen anzusparen. (vgl. B2)

59 Prozent der Benutzer_innen sagen dazu, dass Wasser leistbar sei und sie es fair fänden, für gute Wasserqualität zu bezahlen. Diese Aussagen sind jedoch von Stadt zu Stadt unterschiedlich, je nach Qualität und Quantität des Wassers. 2000 Ugandische Schilling (UGX) werden ungefähr pro Woche für Wasser ausgegeben, das sind circa 45 Eurocent. Die Wassertarife sind zum Teil recht unterschiedlich: die Preise variieren von 50 UGX pro Kanister bis zu 200 UGX. (vgl. Seidelmann 2013: 32f) Diese Unterschiede im Preis können durch die Technologiedifferenzen erklärt werden, aber ebenso durch die teils mangelnde Führung und Regulierung seitens der lokalen „*Water Boards*“. Die *Umbrella Organisations* stellen eine regulatorische Beratung und Betriebsprüfung bereit, haben jedoch nicht die Rolle und den Zugriff einer Durchführungsorganisation. Hier kommt es stark auf die Kontrolle und die Durchführungsmechanismen der „*Water Boards*“ und der lokalen Systembetreiber an. In vielen Kleinstädten gibt es zusätzliche Wasserkiosks, die beim Wiederverkauf wesentlich mehr für das Wasser verlangen, oder Personen, die beim Abfüllen helfen und durch ihre Dienstleistung einen Preisaufschlag vornehmen. (vgl. Seidelmann 2013: 50f) Leider gibt es auch immer noch Menschen, die sich Wasser nicht leisten können, wie zum Beispiel Bettler oder Waisen. Diese sollen aber durch das Programm nicht gänzlich vernachlässigt werden - so gibt es in manchen Dörfern Brunnen, wo sie sich das benötigte Wasser holen können. Hier ist allerdings der Vorteil der kurzen Wegzeit meist nicht mehr gegeben.

Für Haushalte, die sich keinen eigenen Anschluss leisten können, gibt es öffentliche Zapfstellen. Dabei ergibt sich jedoch das bereits oben erwähnte Problem, dass an diesen Hähnen Verkäufer_innen stehen, die einen kleinen Prozentsatz des Bezahlten einbehalten. Somit ist das dort gekaufte Wasser fallweise sogar teurer als jenes in den Häusern mit einem eigenen Anschluss. An einer Lösung für diese Problematik wird zurzeit noch gefeilt, auch werden Überlegungen zu einem gestaffelten Preissystem angestellt. Dabei soll der absolute Grundbedarf an Trinkwasser stark subventioniert oder sogar gratis sein. (vgl. B2)

Die sanitäre Versorgung in den südwestlichen Gebieten Ugandas hat sich vor allem durch den vermehrten Bau von öffentlichen Toiletten und Latrinen sowie mehr Hygienebewusstsein aufgrund intensiver Kampagnen wesentlich verbessert. (vgl. Seidelmann 2013: 8) Alle Gebiete, die Teil des SWTWS Programmes waren, wurden zu 100% mit Sanitäreinrichtungen versorgt und jeder Haushalt hat zumindest eine Latrinengrube. Nur wenige haben „verbesserte“ Sanitäreinrichtungen, wie Spültoiletten, Ecosan Toiletten (ökologische, kreislauforientierte Systeme zur Sanitärversorgung) oder bessere Plumpsklos mit einer Steinplatte. (vgl. Seidelmann 2013: 43) In vielen Dörfern wurden Trockentoiletten gebaut, die ökologisch besonders wertvoll sind. Nach der Benutzung wird ein Häufchen Asche in die Toilette gestreut, um so die Bakterien abzutöten. Ist ein Behälter voll, wird er zugemacht und der zweite, daneben liegende anschließend geöffnet. Die Exkremente haben somit Zeit, in Dung umgewandelt zu werden. Dies ist ein sehr nachhaltiges und umweltschonendes Sanitärmodell. (vgl. Zurek 2001: Min. 14.18-14.46)

Die Wirkungsstudie zum *South Western Towns Water and Sanitation Project* zeigt sowohl Verbesserungen als auch Herausforderungen auf, die die Bereitstellung von Wasserversorgungsanlagen mit sich bringen. Seit den Anfängen dieses Programmes sind schon einige Jahre vergangen, in denen sich zwar vieles geändert hat, dennoch ist es schwierig festzustellen, in welchem Ausmaß sich das Leben der Menschen aufgrund von nur einer sektoriellen Intervention wie der Bereitstellung von Wasserversorgungsanlagen und sanitären Einrichtungen, tatsächlich gewandelt hat. Jede Infrastruktur hat zwar ihre Auswirkungen - und in einem armen Land wie Uganda haben die Einrichtungen des Wassersektors massiven Einfluss - , doch ist es schwierig nachzuweisen, dass diese Effekte tatsächlich nur aufgrund der Erneuerungen im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung erfolgt sind. (vgl. B1)

Doch ganz klar ist, dass sauberes Wasser von den Menschen selbst verlangt wird. Ständig werden neue Anträge zur verbesserten Wasserversorgung von den Kommunen gestellt und aus den ländlichen Regionen migrieren die Menschen nicht mehr allein wegen des mangelnden Zugangs zu sauberem Wasser in die Städte - die Urbanisierung wird durch diese Maßnahmen also ein wenig gebremst. (vgl. B2)

7 Akteur_innen der Wasserversorgung und Siedlungshygiene in Uganda

Wie im vorangegangenen Kapitel der Finanzierung dargestellt, sind eine Vielzahl an Akteur_innen an der Entwicklungszusammenarbeit und –politik in Uganda beteiligt. Die Mitgliedsstaaten der EU und die Europäische Kommission stellen 55 Prozent der gesamten internationalen Entwicklungshilfeleistungen weltweit zur Verfügung. Mehr als ein Viertel der österreichischen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen werden über EU-Institutionen abgewickelt. Österreich beteiligt sich durch seine Beiträge auch an Fonds und Programmen der Vereinten Nationen. (vgl. ADA 2016: 46)

Österreich ist eines der Geberländer, die mit der Regierung Ugandas in deren Entwicklungsbestrebungen zusammenarbeiten. Österreichs Bundesregierung gilt daher als ein Akteur. Der Bund, also alle Ministerien, fördert nachhaltige wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung. Dazu zählen neben dem Bundesministerium für Europa Integration und Äußeres (BMEIA) das Bundesministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und einige mehr. Das BMEIA koordiniert die österreichische Entwicklungspolitik, unter anderem durch die Erstellung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik. Die Bundesländer, Städte und Gemeinden Österreichs leisten mit ihrem jeweiligen Engagement ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur OEZA. Sie können partnerschaftlich mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zusammenarbeiten und spielen eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung von Förderungen für entwicklungspolitische Initiativen. NRO sind bei der Umsetzung und Kapazitätsentwicklung in den Partnerländern, aber auch für die entwicklungspolitische Bildungs- und anwaltschaftliche Arbeit in Österreich wertvolle Akteure. Sie leisten Beiträge zur Eigenermächtigung (Empowerment) und geben Anstoß zu gesellschaftlichen Veränderungen. Programme und Projekte von österreichischen Nicht-Regierungsorganisationen werden durch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit kofinanziert, ein großer finanzieller Anteil wird jedoch von den Organisationen selbst aufgebracht. (vgl. ADA 2016: 43ff)

Über 200 NRO arbeiten in Uganda im Bereich der Wasserversorgung und der sanitären Grundversorgung unter dem Dachverband des „*Uganda Water and Sanitation NGO Network*“, der darum bemüht ist, die Leistungen der zivilgesellschaftlichen und nichtstaatlichen Organisationen so zu stärken und zu

koordinieren, dass die Ziele des NDPII im Wasser- und Sanitärsektor erreicht werden können. (vgl. MWE 2015: 53)

Horizont 3000 ist eine österreichische NGO, die bereits seit 1988 in Uganda tätig ist und ein eigenes Koordinationsbüro in Kampala führt. Horizont 3000 arbeitet eng mit lokalen gemeinnützigen Organisationen zusammen und engagiert sich in Projekten wie der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Wasser, Holz und Solarenergie, aber auch in der Konfliktprävention im Norden des Landes oder in der ländlichen Entwicklung. (vgl. ÖFSE 2006: 20)

Die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft existiert seit 2003 und versucht alle an Uganda Interessierten in Österreich zu vernetzen und das Interesse für Projekte und Problemlagen vor Ort durch Veranstaltungen und Informationen zu wecken und aufrechtzuerhalten. Des Weiteren engagiert sich die Organisation in diversen Projekten, wie zum Beispiel in der Reintegration von Kindersoldat_innen oder in der Zusammenarbeit mit der bereits erwähnten Theatergruppe Ndere Troupe. (vgl. URL: ÖUFG)

Die *Austrian Development Agency* wirkt operativ in der OEZA. Auslandsbüros der ADA in den Schwerpunktländern helfen bei der Planung, Umsetzung und beim Monitoring von Programmen und Projekten. Sie stehen darüber hinaus den Partnern mit Expertise zur Seite. Durch die Koordinierung der österreichischen Akteure vor Ort wird die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der initiierten Projekte gefördert. So finanziert die Österreichische Entwicklungsbank (OeEB) wirtschaftlich und entwicklungspolitisch wichtige Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungsländern und vergibt Investitionskredite vor allem in den Bereichen erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz. (vgl. ADA 2016: 44f)

Neben den beteiligten Akteur_innen auf österreichischer Seite gibt es natürlich auch in Uganda selbst engagierte Institutionen und Organisationen, die im Wasser- und Umweltsektor tätig sind. Das *Ministry of Water and Environment* ist dabei eine der Hauptinstitutionen und verantwortlich für die Koordinierung, die Strategieformulierung, Standardsetzung, Monitoring und technische Unterstützung in diesem Sektor. Es ist in drei Direktionen unterteilt: *Directorate of Water Resources Management*, *Directorate of Water Development* und *Directorate of Environmental Affairs*. Diese spielen in der Umsetzung von Strategien im betreffenden Sektor eine entscheidende Rolle. Das Directorate of Water Development

(DWD) ist für die Sicherung des Zugangs zu zuverlässigem und sauberem Wasser, Sanität und Hygiene in ländlichen und städtischen Gebieten verantwortlich. Es hat außerdem die technische Aufsicht über die Planung, Implementierung und Kapazitätsentwicklung in seinem Bereich. (vgl. MWE 2015: 50f) Es gibt aber noch weitere Behörden und Ministerien, die für die Organisation, Entwicklung und Finanzierung im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung zuständig sind. Die „*National Water and Sewerage Corporation*“ stellt für größere Städte wie Kampala Wasser und Abwasser Dienstleistungen zur Verfügung. Das Ministerium für Gesundheit sowie das Ministerium für Bildung und Sport sind für die Bewerbung von Hygiene und sanitärer Grundversorgung in Haushalten und Schulen verantwortlich. Das *Ministry of Finance, Planning and Economic Development* ist schließlich für die Mobilisierung und Koordinierung von Finanzmitteln und deren Zuweisung an die einzelnen Sektoren ermächtigt. (vgl. MWE 2015: 52f)

Lokalverwaltungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der Bereitstellung und Erarbeitung von Sektorprogrammen. In jedem Distrikt gibt es dazu ein *District Water Office*. Dem dort angesiedelten *District Water and Sanitation Coordination Committee* kommt die Rolle zu, die Umsetzung der Wasserversorgungs- und Sanitärprogramme zu betreuen und die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Sektoren (Gesundheit, Bildung etc.) und anderen Akteur_innen (NRO, privater Sektor) zu stärken. Mit dem Anstieg der Zahl von Distrikten und dem Bedarf, mehr Regionalverwaltungen zu unterstützen, schuf das MWE regionalbasierte Einrichtungen, welche effektiv in der Dienstleistungserbringung sind. Es wurden acht *Technical Support Units* und vier *Water and Sanitation Development Facilities* eingerichtet. Diesen vier WSDFs ist es möglich, den Bedarf der Städte an Wasserversorgungs- und sanitären Einrichtungen zu planen und dafür zu sorgen, dass die neuen Anlagen auch funktionieren. Die Technical Support Units (TSUs) sind über das Land verteilt und bieten den lokalen Verwaltungen technische Hilfe bei der Dezentralisierung der ländlichen Wasser- und Sanitärversorgung. Zum Teil sind sie auch in den ländlichen Wachstumszentren und im Wasserressourcenmanagement aktiv. Zusätzlich gibt es noch sechs *Umbrella Organisations* Ugandas, welche Verbände der *Water Supply and Sanitation Board* sind. Sie sind für die Durchführung und das Monitoring der Programme verantwortlich, ebenso wie sie Trainings anbieten und technische, finanzielle und organisatorische Hilfe zur Verfügung stellen. (vgl. MWE 2015: 54f)

Diese Auflistung der Akteur_innen verdeutlicht, wie kompliziert es ist, dass alle an einem Strang ziehen, dasselbe Ziel verfolgen, sinnvoll koordiniert werden und reibungslos zusammenarbeiten, um die Wirkung und Nachhaltigkeit der Projekte und Programme zu gewährleisten.

Nicht nur Österreich ist Partnerland Ugandas, auch andere EU Mitgliedsstaaten wie Großbritannien, Dänemark, Irland und die Niederlande engagieren sich in dem ostafrikanischen Land. Diese Länder geben ebenso Finanzierungen für sektorweite Ansätze frei. Frankreich und Italien haben bilaterale Hilfsprogramme in Abstimmung mit den Richtlinien der ugandischen Regierung entwickelt. Verglichen mit anderen Ländern funktioniert in Uganda die Geberkoordinierung gut. (vgl. ADA 2003: 34) Da Dänemark sich laut meinem Interviewpartner aus dem Wasser- und Sanitätssektor zurückziehen will, wird Österreich eine stärkere Rolle in der Finanzierung bekommen. Diese Verantwortung wird laut aktuellem Stand auch übernommen. (vgl. B2)

8 Herausforderungen in der Wasserversorgung

So viele Erfolge die *Water Sanitation Development Facilities* im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung auch gebracht haben, so gibt es doch auch einige Schwierigkeiten. Wie bereits erwähnt, wird noch an einer Lösung gearbeitet, um für alle Menschen, also auch für die Ärmsten, den Grundbedarf an Wasser befriedigen zu können.

Aktuelle Herausforderungen einer adäquaten Wasserversorgung sind vor allem die große Armut und das starke Bevölkerungswachstum. Die Folge davon sind überfüllte, informelle Siedlungen, welche sich stets ausweiten und dadurch den ständigen weiteren Ausbau von Wasserleitungen und sanitären Anlagen erforderlich machen. Die Verschmutzung in den Städten, die Überausbeutung von Wasserressourcen und der unzuverlässige Betrieb und die schlechte Instandhaltung der Wasseranlagenswerten vor allem das Wasserressourcenmanagement. Die Effekte des Klimawandels sind ebenso wenig zu unterschätzen: Überflutung und Dürreperioden treten regelmäßiger und länger auf, Feuchtgebiete und Bäche vertrocknen, was besonders negative Effekte auf den Zugang zu Wasser und für die Landwirtschaft hat. (vgl. The Republic of Uganda 2015: 190) Zudem ist die Verteilung der Wasserressourcen ungleich, was große Herausforderungen im Management mit

sich bringt. Der Nordosten des Landes leidet unter einem Mangel an Wasser, was immer wieder zu Konflikten um die Ressourcen führt. Durch die vermehrte Urbanisierung und Industrialisierung verschlechtern sich die Umweltbedingungen und die Verschmutzung des Grundwassers schreitet voran. Grundwasser ist jedoch die Hauptressource für den häuslichen Gebrauch von Wasser in den ländlichen Gegenden und in den Wachstumszentren. In vielen Teilen des Landes ist der Grundwasserhorizont begrenzt in Hinblick auf Leistung, Umfang, hydraulische Eigenschaften und Neubildung. Die Verfügbarkeit und die Qualität von Grundwasser stellen also aufgrund der heutigen gesellschaftlichen und klimatischen Veränderungen große zukünftige Herausforderungen dar. (vgl. Nsubuga/Namutebi/Nsubuga-Ssenfuma 2014:1312)

Des Weiteren wurde in der Wirkungsstudie des *South Western Towns Water and Sanitation Projects festgestellt*, dass die Servicequalität noch nicht vollständig zufriedenstellend ist. 85 Prozent der Haushalte berichten, dass sie eine permanente Wasserversorgung in ausreichender Quantität haben, ohne größere Unterbrechungen für Reparaturen. Mehrere Familien haben zwar einen dauerhaften Zugang, jedoch ist der Druck in der Leitung oft niedrig. Einige der Benutzer_innen berichten davon, dass das Wasser nur wenige Stunden am Tag fließt oder es häufig technische Defekte gibt. (vgl. Seidelmann 2013: 36f) Diese Probleme rühren oft von defekten Wasserpumpen, Stromstörungen, schadhafte Solaranlagen, Problemen mit dem Generator, undichten Tanks oder defekten Leitungen her. (vgl. Seidelmann 2013: 39) Den für solche Fälle eingerichteten *Umbrella Organisations*(UOs) kommt daher bei der Überwachung der Qualität des Wassers eine besonders wichtige Rolle zu.

Die UOs sind auch für Kredite und Rechnungen verantwortlich. Sie entscheiden, ob Reinvestitionen oder die Ausweitung von Krediten zum Beispiel für die Erneuerung der Anlagen oder für Reparaturen notwendig sind. Die vom SWTWS profitierenden Gemeinden nehmen auch an Management-Schulungen teil, um ihre Wasserversorgung selbst verwalten zu können. Die UOs sind außerdem darin involviert, Tarife für das Wasser anzusetzen und vertragliche Probleme mit den Mitgliedern zu lösen. Alle Mitglieder der *Umbrellas* verpflichten sich des Weiteren, sämtliche Daten bezüglich der Leistungen an die UOs zu melden. Das sind die einzig brauchbaren Informationen zu diesem Sektor. (vgl. Seidelmann 2013: 10)

Eine besonders große Herausforderung ist es, vor allem in den ländlichen Gebieten ausreichend Mittel für den Ausbau der Siedlungs- und Wasserwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Geldgeber investieren lieber in große Städte wie Kampala oder Mbarara, da man dort mit geringem Aufwand viele Menschen erreicht. In abgelegenen Gebieten sind Investitionen kostspieliger, das Management aufwendiger und die Wirkkraft kleiner. Immer mehr Geldgeber ziehen sich daher aus den ländlichen Bereichen zurück, doch genau dort wird die Unterstützung in der Grundversorgung mit Wasser und sanitären Anlagen am dringendsten gebraucht. Es bleibt eine Herausforderung, auch diese Gegenden entsprechend zu versorgen. Nicht einfach ist es zudem, die notwendige Infrastruktur nicht nur aufzubauen, sondern diese auch zu erhalten, worauf von den internationalen Gebern kaum Wert gelegt wird. Die Mitarbeiter_innen Österreichs im Wassersektor haben dieses Problem rechtzeitig erkannt und darauf gedrängt, auch der Instandhaltung die nötige Bedeutung beizumessen. Genau dafür wurden die oben erwähnten *Umbrella Organisations* als Dachverband gegründet. (vgl. B1) Das Problem dabei war, dass die UOs zu Beginn nur eine unterstützende Rolle hatten und bei Schwierigkeiten kaum eingreifen konnten. Deshalb wurde den Mitgliedern der *Umbrellas* mehr Verantwortung übertragen, um z. B. Kredite vergeben und lokale Betreiber kontrollieren zu können. (vgl. B2)

Die Wirkungsanalyse zeigt weiters, dass die Verwendung von Solarenergie für die Pumpen nicht so effektiv ist wie erwartet. Um hohe Energiekosten zu vermeiden, wurde auf Solarpaneele zurückgegriffen, besonders in Dörfern wo es keine Elektrizität gibt. Dieselgeneratoren sind teuer und nicht immer zuverlässig, da Diesel häufig unterschlagen wird. Doch es stellte sich heraus, dass auch mit Solarenergie betriebene Pumpen nicht ganz den Erwartungen entsprachen. Vor allem in der Regenzeit funktionieren die Anlagen oft nicht und sind damit unzureichend. (vgl. Seidelmann 2013: 56f)

Den Zugang zu Wasser für alle sicherzustellen stellt also die betroffenen Akteure durchaus vor Schwierigkeiten. Mein Interviewpartner, ein Hydrologe, der in Uganda für die *Water and Sanitation Development Facilities* zuständig ist, wünscht sich für die Zukunft, dass mehr in Gesamtprogramme (*Joint Partnership Funds*) finanziert wird, um eine höhere Qualität der Einzelprojekte gewährleisten und mehr Eigenständigkeit in die einzelnen Distrikte bringen zu können. Die Notwendigkeit, sich dauernd um neue Geldgeber bemühen zu müssen, denen in weiterer Folge

detaillierte Berichte vorgelegt werden müssen, sollte wegfallen. Wichtig wäre es, vermehrt in den *Joint Partnership Fund* zu investieren, aus dem dann Programme finanziert werden. Jeder Geber, der zu diesen Programmen einen Beitrag leistet kann somit auch sehen, wofür sein Geld verwendet wurde. (vgl. B1)

Trotz einiger noch ungelöster Probleme sind sich die Mitarbeiter_innen Österreichs und Ugandas darin einig, dass die folgenden Schlüsselfaktoren zum Erfolg des Programmes geführt haben: die Kontinuität der Unterstützung über eine lange Zeit hat zu einer hohen Glaubwürdigkeit geführt; das Programm war von Beginn an nationales Eigentum und auch die Verantwortung für die Implementierung oblag ugandischen Projektmitarbeiter_innen; die Eingliederung des SWTWS in den *Joint Partnership Fund* im Jahr 2006 ermöglichte es, den WSDF und das Vorgehen der *Umbrellas* auszuweiten. Zusätzlich war es für den Erfolg des Programmes wichtig, dass direkt auf die Wünsche der Gemeinden eingegangen wurde. Dies wiederum resultierte in der hohen Bereitschaft der Nutzer_innen, für das bereitgestellte Wasser auch zu zahlen. Durch die bereitwillige Miteinbeziehung der Gemeinden in den Planungsprozess und die hohe Sensibilisierung während der Vorbereitungsphase sind die Kommunen selbst stark an der Nachhaltigkeit ihrer Wasser- und Sanitärversorgung interessiert. Durch die UOs und deren anhaltende Unterstützung werden *Water Boards* effektiver. Außerdem sorgten geeignete Technologien und Entwicklungen für ein leistbares und machbares Modell. Dadurch, dass für das Wasser bezahlt werden muss, wird vorsichtiger damit umgegangen und es gibt kaum Verschwendung. Bevor dieses System in der Region implementiert wurde, war Wasser zwar kostenlos, aber die Nutzung nicht nachhaltig. (vgl. Seidelmann 2013: 67)

9 Die Finanzierung des Wassersektors in Uganda

Zur Umsetzung der Ziele entwickelte der Wasser- und Umweltsektor Ugandas einen *Sector Development Plan*, der mit dem *Second National Development Plan* in Einklang steht. Dieser *Sector Development Plan* enthält Schlüsselstrategien und Ziele, welche mit der Unterstützung des NDPII innerhalb von fünf Jahren erreicht werden sollen.

Die Regierung Ugandas mit ihrem MWE und den *Development Partners* implementieren das fünfjährige *Joint Water and Environment Sector Support*

Programme. Während der momentanen Laufzeit von 2013-2018 änderte Uganda seine Finanzierungsstrategie insofern, als dass jetzt in Übereinstimmung mit der Paris Deklaration die Umsetzung von Projekten von Gebern, UN Agenturen und NGOs unterstützt wird. Der Sektor hat durch die Entwicklung und Implementierung von *Joint Programmen* mehr Geld bekommen. Die Dezentralisierung brachte neue Rollen und Verantwortungen mit sich. Das Ministerium baute vermehrt Kapazitäten in den Distrikten auf, um den erheblichen Anstieg an Finanzierungen managen zu können, wofür auch die *Technical Support Units* (TSUs) eingerichtet wurden. (vgl. MWE 2017: 19)

Für das Finanzjahr 2016/2017 betrug das von der ugandischen Regierung, den Partnerländern, den lokalen Regierungen und Ministerien, vom privaten Sektor und den zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellte Budget für den Wassersektor insgesamt 1.098,66 Milliarden Ugandische Schilling. Das sind rund 246,67 Millionen Euro. Dieser Betrag bezieht sich nicht nur auf die ländliche, sondern auch die städtische Wasserversorgung und Siedlungshygiene. Teile davon sind in den Bereich „Water for Production“ und das Wasserressourcenmanagement geflossen (vgl. MWE 2017: 22ff), während 52,94 Milliarden Uganda Schilling (=11,88 Millionen Euro) für die Finanzierung von Wasserversorgungsanlagen und sanitären Einrichtungen in den Distrikten bereitgestellt wurden. (vgl. MWE 2017: 25)

Österreich hat ein Mitspracherecht, in welchen Schwerpunkt das von ihm bereitgestellte Geld fließen soll. 60 Prozent des Finanzierungsbudgets gibt Österreich an den Sektor Wasserversorgung und Siedlungshygiene in den kleineren Städten Ugandas aus, die übrigen 40 Prozent geht an den zweiten Schwerpunkt der OEZA in Uganda, Recht, Justiz und Friede. Beide Bereiche werden durch einen sektorweiten Ansatz unterstützt, der auf Investitionsplänen des Sektors basiert. Die ADA finanziert sowohl Aktivitäten auf nationalem, also auch sub-nationalem Level und auf lokaler Ebene. Dabei geht sie Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Frauengruppen ein, welche Überwachungsfunktionen in Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungserbringern übernehmen. Die ADA unterstützt auch österreichische NRO und ihre Kooperation mit ugandischen Partnern. Dies ist ein wichtiges Anliegen, da diese Organisationen das Interesse der Zivilbevölkerung widerspiegeln.

Des Weiteren gibt es die „*Private Infrastructure Development Group*“, eine Gemeinschaft von Gebern, welche Investitionen für den privaten Sektor mobilisiert, um notwendige Infrastrukturen für die ökonomische Entwicklung und für die Armutsreduzierung bereitstellen zu können. Auch die Entwicklungsbank Österreichs (OeEB) ist auf die Finanzierung von privaten Sektorprojekten, die eine Langzeit Betreuung benötigen, spezialisiert. (vgl. ADA 2010: 15ff)

10 Einzelne Projekte der OEZA

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit zahlt nicht nur in Fonds ein, aus denen dann Programme finanziert werden, sondern beteiligt sich auch aktiv an einzelnen Projekten. Insgesamt ist die ADA momentan mit 16 Projekten in Uganda beteiligt. Über 20,6 Millionen Euro werden in diese Projekte gesteckt. Davon gehen knapp 6,7 Millionen Euro in den Bereich der Wasserver-, Abwasser- und Abfallentsorgung. (vgl. URL: ADA)

In Norduganda, jenem Teil des Landes, der durch den von der *Lord's Resistance Army* ausgelösten Bürgerkrieg besonders zerstört und in seinen sozialen Strukturen zerrüttet wurde, engagiert sich die OEZA seit 2010 in der Wasser- und Sanitärversorgung und hat dort bereits nachhaltige Strukturen zur effizienten Wasserversorgung und Siedlungshygiene errichtet. In Zusammenarbeit mit der Organisation „*Concern Worldwide*“ wird darauf abgezielt, Ausbildungen und Schulungen für die Verantwortlichen im Wasser- und Sanitärbereich in den lokalen Gemeinden bereitzustellen. Dabei ist das Aneignen von Wissen über die fachgerechte Nutzung und Wartung von Anlagen elementar. (vgl. ADA 2017: 9) *Concern Worldwide* ist bereits seit 1980 in Uganda tätig. In den letzten Jahren widmete sich diese Organisation vermehrt der Initiative WASH, die auf Gesundheit von Müttern und Kindern, auf Wasser, Hygiene und Sanität abzielt. Viele Bewohner_innen des Nordens leben seit dem Krieg in rudimentären Behausungen, ohne adäquaten Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen. In den Bezirken Pader und Agago werden auch die Themen HIV/AIDS in die Schulungen und Wissensvermittlung zu Hygiene miteinbezogen. (vgl. Aluba/Lenia/Harris 2017: 1)

Mehr Gleichberechtigung für Frauen ist ein wichtiges Entwicklungsziel der OEZA, das gemeinsam mit dem ugandischen Frauennetzwerk UWONET umgesetzt wird.

Frauen sollen Ausbildungen erhalten, um zum Beispiel im Gemeinderat tätig sein zu können und bei der Umsetzung von Entwicklungs- und Reformplänen im Gesundheits-, Bildungs-, Wasser- und Justizbereich mitzuwirken. Dabei werden sie in partizipativem Planen, Budgetmanagement oder Monitoring geschult und im Zuge dieser Ausbildungen auch mit ihren Rechten vertraut gemacht. Die OEZA leistet zu diesem Projekt einen Beitrag von rund 940.000 Euro. (vgl. ADA 2017: 10)

11 Conclusio

Österreich ist ein wichtiger Geber im Wasser- und Sanitätssektor in Uganda. Besonders ländliche Kleinstädte und Wachstumszentren werden von Österreich unterstützt. Die Hilfe basiert auf einer dezentralisierten Finanzierung und dem Einsatz von innovativen Elementen, wie der Bewerbung und Umsetzung von ökologisch nachhaltigen Sanitäranlagen. Das ursprüngliche *South Western Towns Water and Sanitation Programme* wurde mit der Zeit in ein regionales Modell der *Water and Sanitation Development Facilities* umgewandelt. Bei der Nachhaltigkeit der ländlichen Wasserversorgung spielen vor allem auch die *Umbrella Organisations* eine unverzichtbare Rolle. Sie sind dafür verantwortlich, dass die initiierten Projekte reibungslos funktionieren und stehen bei Schwierigkeiten mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit zwischen Uganda und Österreich im Wassersektor läuft seit vielen Jahren. Diese Partnerschaft ist mit viel Engagement verbunden, wobei Uganda, beziehungsweise das *Ministry of Water and Environment*, stets aufgeschlossen auf neue Ideen reagierte. Der Wille ist groß, im Wassermanagement und beim Aufbau von Wasserversorgungsanlagen voranzukommen. Österreich hat als Geber nie bestimmt, welche Projekte wo umgesetzt werden, sondern hat Auswahl und Durchführung der einzelnen Projekte den *Water and Sanitation Development Facilities* überlassen die entscheiden, was gebraucht und umgesetzt wird. Österreich zahlt in den *Joint Partnership Fund* ein, aus dem wiederum die WSDFs finanziert werden. (vgl. B1)

Mit dem angestrebten Ziel Ugandas, das Land möglichst rasch zu „entwickeln“ um damit am Wirtschaftsmarkt konkurrenzfähig zu werden, wird zukünftig die Entwicklung und Errichtung moderner Infrastruktur noch wichtiger werden. Dafür

braucht es mehr Investitionen und mehr Managementkapazitäten. (vgl. B2) Auch besteht die Gefahr, dass zu viele neue Anlagen errichtet werden und zu wenig Mittel für die benötigte Renovierung älterer Systeme bereitgestellt wird. Zusätzlich ziehen sich vermehrt große Geber aus dem Wassersektor zurück, weshalb Österreich gefordert ist, Uganda weiterhin zu unterstützen. (vgl. B1)

Ob die Unterstützung Ugandas durch Österreich und andere europäische Geberländer weiter gesichert ist wird immer wieder im Zusammenhang mit der seit 1986 ununterbrochenen Herrschaft von Präsident Yoweri Museveni diskutiert. Mit Verfassungsänderungen und der Unterstützung des Militärs hält er sich seit mehr als 30 Jahren an der Macht, womit der einstige Retter der Nation zunehmend zu einem Problem wird. Zusätzlich gilt es auch seine menschenrechtswidrigen Handlungen zu hinterfragen. Soll ein Land, dessen Staatsoberhaupt Menschen mit anderer sexueller Orientierung als seiner eigenen diskriminiert, exkludiert und bestraft, tatsächlich mit Know-how und finanziellen Mitteln unterstützt werden? Sollten die Menschenrechte nicht aktiv eingefordert und bei deren Verletzung Konsequenzen gezogen werden? So positiv es ist, dass die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen Österreich und Uganda nach all den Jahren immer noch aufrecht sind und von beiden Seiten gepflegt werden, gibt es doch Entwicklungen in Uganda, die nicht nur hinterfragt werden sollten, sondern gegen die es vorzugehen gilt.

Für das konkrete Beispiel Wassersektor deute ich es als prinzipiell positives Zeichen, dass Österreich sich hier vermehrt nur noch finanziell beteiligt und weniger aktiv eingreift. Es zeigt, dass Uganda mehr und mehr in der Lage ist, die Herausforderungen im Bereich der Wasser- und Sanitätsversorgung selbst zu bewältigen. Bis 2020 soll der Status "*middle-income-country*" erreicht werden, ein ambitioniertes Ziel für ein Land, dessen Entwicklungsplan mit seinen Zielsetzungen in vielen unterschiedlichen Sektoren und Subsektoren rund 350 Seiten umfasst. Trotz dieser detaillierten Ausarbeitung und der aktiven Unterstützung durch die Regierung, internationale Geber und zivilgesellschaftliche und nichtstaatliche Organisationen könnte es angesichts des immer näher rückenden Zieljahres 2020 schwierig werden, alle Ziele von mehr Bildung über die Stärkung der *Good Governance* bis hin zum Ausbau des Tourismussektors bis zu diesem Zeitpunkt plangemäß umzusetzen. Gleichzeitig stellen aber die vermehrt von Gebern unabhängig geschaffenen Strukturen wie z.B. auch im Wassersektor einen sichtlichen Erfolg Ugandas in seinen Entwicklungsbestrebungen dar.

Die Beziehung zwischen Österreich und Uganda kann durchaus als Musterbeispiel für eine gute Partnerschaft gesehen werden. Projekte und Ideen werden von beiden Seiten eingebracht und gemeinsam umgesetzt. Dabei wird Wert daraufgelegt, Uganda freie Hand zu lassen und eigene Methoden zu entwickeln, um so zu mehr Selbstbestimmung zu gelangen. Diese Haltung spiegelt auch die Definition von Partnerschaft im Dreijahresprogramm 2016-2018 der österreichischen Entwicklungspolitik wider:

„Partnerschaft kann sich nur entwickeln, wenn wir einander auf Augenhöhe begegnen, gemeinsam planen und Projekte gemeinsam durchführen. Sie basiert auf Eigenverantwortlichkeit, gegenseitiger Rechenschaft und Inklusion.“ (ADA 2016: 14)

„Wasser ist Leben“. Mit diesem Satz habe ich meine Arbeit begonnen und mit ihm möchte ich sie auch abschließen. Stimmt dieser Satz nun?

Ganz klar ist, dass Leben ohne sicheres Wasser nicht möglich ist. Der Zugang zu sauberem Wasser wurde daher von den Vereinten Nationen als ein Menschenrecht definiert und ist für viele staatliche und nichtstaatliche Organisationen ein Ziel, das es für alle Menschen zu erreichen gilt.

Die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser zählt zur grundlegenden Daseinsvorsorge des Menschen. Eine einwandfreie Wasserversorgung und Hygiene sind unerlässlich für die Prävention und die Eindämmung von Krankheiten. Wasser wird für die Landwirtschaft benötigt, trägt zur Ernährungssicherheit bei und ist für den Erhalt lebenswichtiger Ökosysteme von Nöten. (vgl. OEZA 2008: 4)

Mein Interviewpartner meint dazu als Wasserexperte jedoch: „Dieser blöde Spruch „Wasser ist Leben“, also etwas Dümmeres gibt es nicht. Also ich würde sagen auch Bildung, Gesundheit, Wasser, Luft, Boden, Nahrung, also das ist Leben und einen Spaß haben daran. Das ist Leben!“ (B1; Zeile 344-346)

Nun, ich gebe ihm nicht ganz Unrecht. Wasser bedeutet Überleben, doch Leben beinhaltet mehr als die reine Grundversorgung und ist durch viele andere individuell formulierte Aspekte gekennzeichnet und lebenswert. Im Fall Ugandas, und sicherlich auch vieler anderer Entwicklungsländer, ist sauberes Wasser und der Zugang dazu nicht nur wichtig für das Überleben, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung, für Gesundheit und Bildung. Wasser hängt mit vielen anderen Lebensbereichen zusammen und beeinflusst diese. Ja, Wasser ist Leben.

12 Literatur- und Quellenverzeichnis

African Development Bank Group (2015): Project: Water Supply and Sanitation Programme Phase II (WSSP II). Country Uganda. Environmental and Social Management Framework Summary.

Aluba J., Lenia E. and Harris B.T. (2017): From camps to communities: A review of 10 years of WASH programming by Concern Worldwide in Northern Uganda. 40th WEDC International Conference. Loughborough

Austrian Development Agency (ADA) (2002): Country Programme Uganda 2003-2005. BMAA. Wien

Austrian Development Cooperation (ADA) (2010): Uganda Country Strategy 2010-2015. Wien

Austrian Development Agency (ADA) (2013): Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda im Wassersektor: kurze Analyse einer Erfolgsgeschichte. Wien

Austrian Development Agency (ADA) (2016): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2016-2018. Wien

Austrian Development Agency (ADA) (2017): Uganda Länderinformation. Wien

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) (2005): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2005-2007. Wien

Carbone, Giovanni M. (2008): No-party democracy? Ugandan politics in comparative perspective. Lynne Rienner Publishers. Boulder

Generalkonsulat der Republik Uganda in Österreich, Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft (2016): Partner Uganda. Einblicke in die österreichisch-ugandischen Beziehungen. Eigenverlag Generalkonsulat der Republik Uganda in Österreich. Wien

Gläser, Jochen und Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Ministry of Water, Lands and Environment (1999): National Water Policy. The Republic of Uganda.

Ministry of Water and Environment (MWE) (2015): Water and Environment Sector Development Plan 2015/16-2019/20. The Republic of Uganda

Ministry of Water and Environment (MWE) (2017): Water and Environment. Sector Performance Report 2017. The Republic of Uganda

Nsubuga, Francis N.W., Namutebi, Edith N. und Nsubuga-Ssenfuma, Masoud (2014): Water Resources of Uganda: An Assessment and Review. Journal of Water Resource and Protection. No. 6. pp. 1297-1315

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) (2008): Wasser. Wasserversorgung, Siedlungshygiene, Wasserressourcen. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. BMeiA. Wien

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) (2002): Länderprofil Uganda. Wien

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) (2006): Länderinformation Uganda. Wien

Quin, Andrew, Balfors, Berit und Kjellén, Marianne (2011): How to „walk the talk“: The perspectives of sector staff on implementation of the rural water supply programme in Uganda. Natural Resources Forum. No. 35. pp. 269-282

Schindegger, Philipp (2000): Der Beitrag von Wasserprojekten zur Regionalentwicklung und Eindämmung der Land-Stadt-Wanderung am Beispiel des „South Western Towns Water and Sanitation Project“ in Uganda. Universität Wien. Diplomarbeit. Wien

The Republic of Uganda (2015): Second National Development Plan (NDPII) 2015/16-2019/20

The Republic of Uganda (1999): Vision 2025. „Prosperous People, Harmonious Nation, Beautiful Country“. A Strategic Framework for National Development. Volume One. Main Document. Ministry of Finance, Planning and Economic Development. Kampala

United Nations. Economic and Social Council (2017). Progress Towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary-General. E/2017/66

Zurek, Peter (2001): War of Thirst. A Battle over Water. BAOBAB Weltbilder Medienstelle. Wien. Dokumentarfilm

Zwitter, Deva (2014): Access to Water and Sanitation from a Human Rights Perspective: A Case Study on Uganda. Diplomatische Akademie Wien. Masterarbeit. Wien

12.1 Online-Quellen

ADA: URL: www.entwicklung.at (letzter Zugriff 28.12.2017; 14:20)

Amnesty International (2014): Uganda: LGBTI werden weiterhin schikaniert. URL: <https://www.amnesty.de/2014/10/15/uganda-diskriminierung-gesetz> (letzter Zugriff 03.02.2017; 08:54)

BKA (2018a): Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem. Gesamte Rechtsvorschrift für Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. URL: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001847> (letzter Zugriff 12.02.2018; 12:30)

BKA (2018b): Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem. Gesamte Rechtsvorschrift für Abkommen über finanzielle und technische Zusammenarbeit (Uganda). URL: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007549&ShowPrintPreview=True> (letzter Zugriff 13.02.2018; 10:40)

CNN (2014): URL: <http://edition.cnn.com/2014/02/24/world/africa/uganda-homosexuality-interview/index.html> (letzter Zugriff 14.12.2017; 09:57)

Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft (ÖUFG): URL: <http://www.austria-uganda.at/> (letzter Zugriff 27.12.2017; 15:20)

SDGs: URL: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg6> (letzter Zugriff 13.12.2017; 12:03)

Uganda Vision 2040: URL: <http://npa.ug/wp-content/themes/npatheme/documents/vision2040.pdf> (letzter Zugriff 19.12.2017; 10:40)

Standard (2017a): Flüchtlinge: Uganda, Land der (noch) offenen Grenzen. URL: <https://derstandard.at/2000060847784/Fluechtlinge-Uganda-Land-der-noch-offenen-Grenzen> (letzter Zugriff 03.02.2017; 10:24)

Standard (2017b): Präsident auf Lebenszeit: Parlament in Uganda hob Altersgrenze auf. URL: <https://derstandard.at/2000070792496/Praesident-auf-Lebenszeit-Parlament-in-Uganda-hob-Altersgrenze-auf> (letzter Zugriff 03.02.2017; 10:02)

United Nations (2010): 64th General Assembly. URL: <https://www.un.org/press/en/2010/ga10967.doc.htm> (letzter Zugriff 12.03.2018; 08:30)

Vereinte Nationen (2010): Resolution 64/292. Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung. URL: (<http://www.un.org/depts/german/gv-64/band3/ar64292.pdf>), (letzter Zugriff 25.05.2018; 14:36)

Welt (2016): Putsch, Christian: Der „ewige Präsident“ wird langsam zum Problem. URL: <https://www.welt.de/politik/ausland/article152355131/Der-ewige-Praesident-wird-langsam-zum-Problem.html> (letzter Zugriff 03.02.2017; 09:45)